Studiert die Rede des Genossen Enver Hoxha

Seite 5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 44 vom 2. November 1974 | 8. Jahrgang | 50 Pfennig

Klammheimlicher Abschluss bei Stahl

9 Prozent sind eine Provokation!

Nachdem in den Nachrichten immer wieder betont worden war, daß die IG Metall das Stahlangebot abgelehnt habe und 14% fordere, wurde dann in der Nacht von Sonntag auf Montag blitzschnell abgeschlossen: 9% und einen zweimaligen Sonderzuschlag von 300 DM, der tariflich nur indirekt abgesichert ist.

Das ist hinterhältiger Betrug! Das ist Lohnraub!9% bedeuten daß nicht einmal Inflation und Preissteigerungen ausgeglichen werden. Und die 600 DM, von denen 300 erst im nächsten Mai gezahlt werden, machen den Kohl auch nicht fett. Die Kollegen von Stahl sind verbittert: „...wieder haben die uns in die Pfanne gehauen!" Andere Stimmen unter den Kollegen: „9% – das wollen wir doch erst mal sehen!"



Februar 1973: Kurz nach der Tarifrunde treten die Kollegen bei Hoesch in einen spontanen Streik.

Sofort am Montag stand die Partei vor den Toren, um die Kollegen von Hoesch und Mannesmann zu informieren und mit ihnen über den Lohnraubabschluß zu diskutieren. Am Morgen hatten erst wenige von dem Abschlußbetrug gehört. waren überrascht und empört. Die meisten von ihnen meinen spontan: Da muß man was machen, das können wir uns nicht gefallen lassen!

Im Hoesch-Werk Phoenix kam es im Verlauf der Frühschicht praktisch zu Arbeitsniederlegungen, weil fast in allen Bereichen die Kollegen zusammenstanden und in Gruppen über den Abschluß und über die Antwort darauf diskutierten. Die Tendenz in den Diskussionen war: man muß die Klamotten hinschmeißen. Aber zugleich stand auch die Frage: Wer fängt an? Wer soll das führen? „Denn wenn, dann gibt es einen wilden Streik, den die Gewerkschaft sowieso nicht unterstützt – da braucht man gar nicht drauf rechnen."

Auch die IGM-Bonzen spürten die Unruhe im Betrieb. Für 10 Uhr beriefen sie eine Betriebsrätevollversammlung von Hoesch auf der Westfalenhütte ein, in der sie scheinheilig den Abschluß ablehnten und eine entsprechende Resolution verfaßten, die an die Tarifkommission geschickt wurde. Sie wollten die Kollegen damit beruhigen, damit sie ja keine eigenständigen Aktionen unternehmen.

Gegen Mittag meldeten sich die Gewerkschaftsführer im Radio, um ihren hinterhältigen Betrug zu verdrehen und sogar noch als Erfolg auszugeben: 9% und 600 DM, so rechneten sie, ergäben doch zusammen etwa 13%. Damit habe man die 14% doch fast durchgesetzt. Die Kollegen sollten also glauben, daß sie standhaft geblieben seien und sogar gekämpft hätten. Dieser Versuch, die Kollegen zu täuschen, zeigt ihre Furcht davor, daß die Kollegen selbständig losmarschieren und den Kampf aufnehmen. Alle Lügen helfen nichts: 9% sind Betrug! Die Feststellung der Gewerkschaftsführer, daß der Abschluß zur Stabilität der Wirtschaft beigetragen habe, ist ein klares Eingeständnis. Darüberhinaus verschweigen sie natürlich, daß im November, wenn die ersten 300 DM ausgezahlt werden, die Kollegen wesentlich höhere Steuern zahlen müssen und allein dadurch ein Großteil der 300 DM verlorengeht.

Auch die D„K"P-Revisionisten schalteten sich gleich am Montag Morgen ein. Hatten sie noch während der Verhandlungen scheinradikal die „volle Durchsetzung der 14%" gefordert, so entlarvten sie

Fortsetzung auf Seite 3

Köln: Schweigeminute für ermordete Antifaschisten

18 Tage Ordnungsstrafe wegen "Beleidigung" des Gerichts

„Heute vor genau 30 Jahren, am 25. Oktober 1944, wurden in Köln-Ehrenfeld 11 Antifaschisten öffentlich erhängt..." Während alle angeklagten Genossen im Kölner Antifaschistenprozeß sich mit erhobener Faust zu einer Schweigeminute erhoben haben, beginnt einer von ihnen zu erklären, worum es geht. Aber bereits nach zwei Sätzen fährt der Richter dazwischen. Polizisten schleppen den jungen Genossen aus dem Saal. Alle Angeklagten bekommen eine „Ordnungsstrafe" von drei Tagen Gefängnis.

Begründung des Richters: diese Gedenkminute sei eine Beleidigung des Gerichts. Begründung des Staatsanwalts: die erhobene geballte Faust sei ein Symbol der revolutionären Gewalt. Damit werde das Gericht provoziert. Welches Recht kann ein Gericht sprechen, das sich beleidigt fühlt, wenn in seiner Anwesenheit der ermordeten Kämpfer gegen den Faschismus gedacht wird? Welches Recht kann ein Gericht sprechen, das sich von der geballten Faust von revolutionären Arbeitern provoziert fühlt? Es kann nur ein Recht sprechen: das Recht des Kapitals, Klassenrecht. Als einer der angeklagten Genossen auf diese „Begründung" des Richters hin ruft: „Wenn hier einer beleidigt worden ist, dann wohl die Antifaschisten durch den Richter!", bekommt er erneut drei Tage Ordnungsstrafe. Noch ein weiterer angeklagter Genosse wird an diesem Verhandlungstag brutal von der Polizei aus dem Saal gezerrt, ein anderer bekommt noch 6 Tage Ordnungsstrafe.

Es wird immer klarer, daß in diesem Prozeß gegen 7 Genossen, die vor einem Jahr in Köln-Nippes gegen einen Aufmarsch der NPD und gegen die eingesetzte Polizei gekämpft haben, ein Exempel statuiert werden soll. Über 60 Tage Ordnungsstrafe wurden inzwischen verhängt, drei Verhandlungstage lang die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Fortsetzung auf Seite 6

Wahlen in Bayern und Hessen

Ausdruck verschärfter Klassenwidersprüche

In Hessen und Bayern sind die Wahlen zum Landtag abgeschlossen. Trotz großem Wahllärm haben die bürgerlichen Parteien niemanden groß von den Sitzen reißen können: Die Wahlbeteiligung betrug in beiden Ländern um 70 % und erfolgte nur schleppend. Der Wahlausgang hat keine großen Veränderungen gebracht: Weiterhin wird in Bayern die CSU und in Hessen die SPD/FDP-Koalition die Regierungsposten besetzen.

Obwohl das Parteiengezänk diesmal besonders laut und heftig war, galt die Aufmerksamkeit der Werktätigen weniger als zuvor dem Wahltheater. Sicherlich, viele haben Überlegungen angestellt, ob sie nun die CDU/CSU oder die SPD/FDP wählen. Aber das sich dadurch irgendetwas ändern würde, daran glauben immer weniger. Die Sorgen der werktätigen Massen sind die ständig wachsende Arbeitslosigkeit, der verschärfte Lohnraub, die Inflation. Ihre Überlegungen drehen sich vor allem um die Frage: wie kommen wir da raus, was ist zu tun? Aber daß die Herren Parlamentarier, diese oder jene bürgerliche Partei dabei einen Ausweg anzubieten hätten, darauf vertrauen immer weniger Werktätige. Die Bourgeoisie ist sich dessen bewußt. Sie sieht sehr wohl, daß trotz allem Herausputzen der Parlamentarismus mit der Verschärfung der Klassenkämpfe ständig an Glaubwürdigkeit verliert.

Stellte die Bourgeoisie bei der letzten Bundestagswahl noch die SPD als „linke" Partei hin, als Kraft für einen „demokratischen Sozialismus", so würde sie sich heute, wo der Klassenkampf weiteren Aufschwung genommen hat, geradezu lächerlich damit machen. Wie die Wahlkampagne in Hessen und Bayern zeigt, greift sie zu einer anderen Demagogie.

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT:

PROLETARE TE TE GJITHA VENDEVE, BASHKOHUNI!



ORGAN I KOMITETIT QENDROR TE PPSH

Konterrevolutionäres Treffen im Dienst der Sozialimperialisten

Mitte Oktober, kurz vor Beginn des Treffens der europäischen revisionistischen Parteien in Warschau, veröffentlichte Zeri i Popullit das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, einen Leitartikel zu den Zielen dieser Konferenz. Wir drucken im Folgenden Auszüge aus diesem Artikel ab.

Zeri i Popullit geht zunächst darauf ein, daß dieses Treffen trotz der verteilten Rollen bei seiner Vorbereitung in Wahrheit von den sowjetischen Revisionisten organisiert worden ist. Die sowjetischen Sozialimperialisten haben zu dieser Zusammenkunft gerufen, weil sie angesichts ihrer zunehmenden Isolation Parteien und Menschen brauchen, die ihre expansionistische und hegemonistische Politik akzeptieren und vor den Völkern als „marxistisch" und „leninistisch" verkaufen, die mit ihnen gemeinsam die nationalen Befreiungsbewegungen sabotieren und ihren Neokolonialismus unterstützen.

„Dieses Treffen", heißt es dann wörtlich, **„organisiert von den sowjetischen Revisionisten, zielt genau wie die anderen Treffen, die sie organisierten, seit sie die Macht in der Sowjetunion ergriffen, darauf ab, die revisionistische konterrevolutionäre Front gegen China und Albanien zu mobilisieren. Genau wie zu anderen Zeiten auch, versuchen die sowjetischen Revisionisten mit alten und abgedroschenen Argumenten aus ihrer antichinesischen Propaganda, China zu „verdammen", es zu verurteilen unter von ihnen selbst erfundenen Vorwänden.**

Die Atmosphäre bei der Vorbereitung des gegenwärtigen Treffens, die Formen und Wege der Organisation, ähneln sehr dem Moskauer Treffen von 1969, das bekanntlich gekennzeichnet war durch die Attacken Breschnews und seiner Satelliten gegen China.

Aber ohne jeden Zweifel werden die sowjetischen Revisionisten und die, die ihnen folgen heute genau wie damals ihre reaktionären Ziele nicht erreichen. Es ist ihnen nicht gelungen und es wird ihnen niemals gelingen, unsere beiden Parteien und Länder vom Weg der Revolution und des Sozialismus abzubringen, es wird ihnen niemals gelingen, ihren entschlossenen Kampf für die Entlarvung und Zerschlagung des modernen Revisionismus zu schwächen. Aus diesen Angriffen werden die Autorität und das internationale Prestige der VR China und der VR Albanien nicht nur nicht geschwächt hervorgehen, sondern im Gegenteil gestärkt hervorgehen, gestärkt in dem Maße, in dem das Vertrauen und die Liebe der Revolutionäre der Welt für sie wächst."

Zeri i Popullit geht dann darauf ein, daß es für die sowjetischen Sozialimperialisten gerade gegenwärtig sehr wichtig ist, in den revisionistischen Parteien Sprachrohre zu finden, die die Völker über die aggressiven außenpolitischen Ziele Moskaus täuschen. Die Warschauer Konferenz soll ihnen dafür die Argumente in die Hand geben.

„Wenn sie zu diesem von Moskau organisierten Treffen gehen," schreibt Zeri iPopullitweiter, „werden die revisionistischen Parteien auf den offenen Widerstand und die Opposition der europäischen Völker stoßen, auf die höchsten nationalen Interessen dieser Länder, auf ihre Wünsche nach Sicherung eines realen Friedens. Indem sie sich selbst vor den sowjetischen Karren spannen, dienen sie nicht der europäischen Sicherheit, wie es in den demagogischen und zur Täuschung verfaßten Reden heißen wird, sondern seiner Gefährdung. Sie tragen nicht dazu bei, Abrüstung zu erreichen, sondern den Krieg näherzubringen. Sie werden nicht die Demokratie stärken, sondern den Faschismus unterstützen. Indem sie die sowjetische hegemonistische Politik rechtfertigen und aufpolieren, wird die Sapnnung in Europa und in der Welt nicht verringert, sondern wächst weiter.

Was sind die heutigen europäischen Probleme? Jeder weiß: Osteuropa, die früher sozialistischen Länder werden unterdrückt und ausgebeutet durch die sowjetischen Sozialimperialisten. Durch die Verstärkung der ökonomischen, militärischen und politischen Integration wird ihre Souveränität zerstört, ihre Unabhängigkeit und ihre staatliche Souveränität liquidiert. Die schwere Last der fremden Herrschaft erdrückt die Kultur und löscht die nationalen Traditionen aus. Der Warschauer Vertrag steht an jedem Tor und an jedem Weg Posten, bereit zu intervenieren wie in der Tschechoslowakei, wenn sich irgendwas rührt.

Die Nato macht das Gesetz im Westen. Mit seinem atomaren und wirtschaftlichen Schirm erstickt der US-Imperialismus die Völker Westeuropas. Indem er sie im Schrecken der Krise hält, ihnen droht, sie im Stich zu lassen angesichts der sowjetischen Drohung, indem er einen gegen den anderen ausspielt, indem er sich brutal in ihre eigenen Angelegenheiten einmischt, hält er die westeuropäischen Staaten fest bei der US-Politik und bei den Interessen der atlantischen Monopole.

Was wird das europäische Revisionistentreffen zu diesen Problemen sagen? Wird es vielleicht das Proletariat und die Völker aufrufen, sich zu erheben und die Herrschaft der Supermächte auf unserem Kontinent abzuschütteln? Werden diese Parteien vielleicht das Banner der nationalen Freiheit und Unabhängigkeit erheben und die Massen in den Kampf gegen die Supermächte führen?

Niemand erwartet so etwas. Die revisionistischen Parteien sind keine Parteien der Revolution, der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der Interessen der Länder. Sie stehen für die Nicht-Verletzung der Interessen der USA und der Sowjets in Europa und schwärmen über die sogenannte Sicherheit, die die beiden Supermächte versuchen, den europäischen Völkern aufzuzwingen.

Die europäischen revisionistischen Führer wiederholen immer häufiger, daß „Wir weder gegen Amerika, noch gegen die Sowjetunion sind". Aber wenn sie nicht gegen diese beiden Imperialismen sind, wogegen sind sie dann? Sie sind gegen den Marxismus-Leninismus und die Revolution, sie sind gegen das Proletariat und die Völker.

Gegenwärtig leidet Europa unter einer schweren Krise, deren Folgen die kapitalistischen Regierungen und Monopole auf die werktätigen Massen abzuwälzen versuchen. Viele Rechte, die die werktätigen Massen in langem Klassenkampf und unter großen Anstrengungen errangen, werden nun von der Bourgeoisie, die sie ihnen entreißen will, wild angegriffen. Was tun die Revisionisten in Anbetracht dieser Situation? Die Tatsachen zeigen, daß sie nichts unternehmen, um der Arbeiterklasse zu helfen, daß sie vielmehr eifrig die politischen Manöver der Bourgeoisie unterstützen, die Last der Schwierigkeiten auf die werktätigen Massen abzuwälzen, indem sie sie angesichts der neuen Angriffe des Kapitals spalten und demobilisieren."

Zum Schluß des Artikels heißt es dann: **„Das neue Revisionistentreffen bringt nichts Gutes, weder für die Sowjets, die es organisieren, noch für die, die ihrem Ruf folgen und daran teilnehmen. Die Revisionisten und zuerst und vor allem die sowjetischen Revisionisten können ihre verräterischen Ziele weder mit diesem Treffen noch ohne es durchsetzen. Sie werden niemals Erfolg haben bei der Unterwerfung und Zerstörung des Marxismus-Leninismus und der Parteien, die ihn verteidigen und weiterentwickeln, sie können das Vorwärtsstürmen der Revolution und der Befreiungskämpfe nicht aufhalten, sie können den Triumphzug des Sozialismus nicht verhindern."**

"Mao intern"

Schmutzige Methoden freche Verleumdung

Der 25. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China gab ein großartiges Beispiel der Anteilnahme und der Sympathie, mit der die Arbeiter aller Länder und die unterdrückten Völker den Aufbau des Sozialismus in China verfolgen. Zähneknirrschen war dagegen auf der anderen Seite der Barrikade bei den Imperialisten und den Revisionisten der ganzen Welt.

Da sie an der Tatsache, daß die VR China unter der Führung der Kommunistischen Partei mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze erfolgreich beim Aufbau des Sozialismus voranschreitet, nichts ändern können, drehen sie die Lautsprecher ihrer antichinesischen und antialbanischen Hetzpropaganda auf volle Lautstärke, um die VR China und den Sozialismus zu beschimpfen.

Nicht zufällig lief gerade in diesem Jahr in vielen Kinos der antichinesische Hetzfilm „Die Chinesen in Paris" an, der China als aggressive Supermacht verleumdet. Nicht zufällig war auf dem Warschauer Treffen der revisionistischen Parteien Europas die Hetze gegen China und Albanien einer der Hauptpunkte. „Eben recht zum 25. Jahrestag der Volksrepublik" – wie der Spiegel schreibt – brachte jetzt der Verlag Carl Hanser das Buch „Mao intern" heraus. Schon der Titel verrät die Methode dieser neuen Hetzschrift. Unter Berufung auf sogenannte Rotgardisten aus China und auf ‚namhafte Wissenschaftler" werden hier „Zitate" veröffentlicht, von denen frech behauptet wird, sie zeigten den „wahren Mao Tsetung". Natürlich haben Autor und Verlag selbst keinen Versuch unternommen, die chinesische Regierung, die KP Chinas und Genossen Mao Tsetung über die Echtheit der Zitate zu befragen, was ja wohl das Naheliegendste wäre, hätten die Verfasser ehrliche Absichten. Sie brüsten sich im Gegenteil noch dreist damit, daß sie mit dieser Veröffentlichung gegen ausdrückliche Anordnung der chinesischen Regierung arbeiten.

So übel wie das Vorgehen der Verfasser ist der Inhalt der ‚Zitate'. In ihnen soll der Eindruck erweckt werden, als sei der Sozialismus in China nicht das Werk der Massen, die von ihrer kommunistischen Partei geführt werden, sondern das Werk eines „Helden," Mao Tsetungs. Er selber wird verleumdet als Karrierist, der „irgendeine Partei" organisieren wollte, der eingebildet und eitel nur an sich selbst denkt und daran, seinen Posten zu sichern.

Mao Tsetung lehrt das genaue Gegenteil: „Die wahren Helden sind die Massen", betont er immer wieder. „Das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft, die die Weltgeschichte macht."

Während alle Welt weiß, daß die Kommunistische Partei Chinas einen beharrlichen Kampf gegen die neuen Zaren im Kreml führt, die das Erbe Lenins und Stalins in den Schmutz treten und die Sowjetunion in eine imperialsitische Supermacht verwandelten, findet sich davon in diesem Buch kein Wort. Statt dessen ein „Zitat" nach dem anderen mit Angriffen gegen Genossen Stalin, der nicht als enger Freund des chinesischen Volkes, seiner kommunistischen Partei und des Genossen Mao Tsetung dargestellt wird, sondern als Feind der chinesischen Revolution, als Rivale Mao Tsetungs.

Mangels tatsächlicher Argumente gegen den Sozialismus in China und in ihrem blinden Haß gegen den großen Führer des chinesischen Volkes gehen die Verfasser dieser Hetzschrift schließlich so weit, Mao Tsetung als einen senilen Greis zu verleumden, der darüber sinniert, wann er wohl „vor Gott hintreten" bzw. „Marx unter die Augen treten" muß.

Mit solchen und ähnlichen Verleumdungen werden es die Imperialisten aller Länder allerdings nicht schaffen, das Ansehen der VR China und des Sozialismus in den Augen der werktätigen Welt herabzumindern, sondern im Gegenteil auf die Empörung aller ehrlichen Menschen stoßen.

Wahlen in Hessen und Bayern

Fortsetzung von Seite 1

Sie kehrte vor allem CSU-Strauß und CDU-Dregger hervor, deren „Wahlkampf" vor allem darin bestand, Gezeter gegen den Klassenkampf und antikommunistische Hetze geschickt mit einer scheinradikalen Kritik an der Bonner Regierung zu verbrämen. Der Eindruck, der erweckt werden soll: die geben es denen aber. Ziel dieser Propaganda ist es, Stimmung für einen „starken Mann" in Bonn zu machen mit der Absicht, eine offenere Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse zu errichten. Zugleich aber zeigt das auch, daß es für die Bourgeoisie immer notwendiger wird, zum offenen Kampf gegen den Marxismus-Leninismus überzugehen.

Gestützt wurde diese Propaganda durch offene Faschisten wie die NPD, die nicht zufällig während der Wahlkampagne ihren Parteitag in München abhalten konnte. Veranstaltungsreisen von faschistischen Ideologen wie dem ZDF-Löwenthal rundeten die Sache noch ab.

Diese Form der bürgerlichen Propaganda ist zugleich eine Unterstützung für die D„K"P-Revisionisten, sich als „antifaschistische Kraft" aufzuspielen. Sie ging insbesondere in Bayern mit ihrer Theorie vom „Rechtskartell" hausieren, wonach die faschistische Gefahr von dieser oder jener Partei drohe.

Genosse Ernst Aust hat in seiner Rede „Tod dem Faschismus" bereits diese Theorie entlarvt: **„Wer bei uns die Hauptgefahr zur Errichtung der offen faschistischen Diktatur – wie die Revisionisten behaupten – in der NPD oder einem sogenannten ‚Rechtskartell' sieht, lenkt vom eigentlichen Gegner ab. Natürlich werden wir – anders als die Revisionisten – die frech und offen auftretenden alten und neuen Nazis in ihre Schranken verweisen. Doch das ist eine Nebenaufgabe in unserem Kampf gegen die Refaschisierung. Die Hauptaufgabe in dieser Hinsicht, wie sie sich in unserer Losung „Tod dem Faschismus" ausdrückt, heißt ihn dort anzugreifen, wo er seine Machtpositionen hat: in Staatsapparat und Regierung."**

Teilgenommen haben an der Wahl auch die opportunistischen Zirkel Gruppe Rote Fahne und „K"BW. Die Stimmen, die sie erhalten haben, im Schnitt zusammen 0,6 %, zeigen, wie immer mehr fortschrittliche Kollegen zum Marxismus-Leninismus hinstreben. Doch zeigt das auch, daß den Massen im ideologischen Kampf gegen diese Opportunisten deutlich gemacht werden muß, daß diese Organisationen Wasserträger der modernen Revisionisten sind. So traten sie auch bei den Wahlen in Bayern und Hessen mit illusionären und opportunistischen Forderungen auf wie „Entwaffnung der Polizei", „Wahl der Richter" usw.; Forderungen, die vorgeben, daß die Bourgeoisie ihren Unterdrückungsapparat freiwillig aus den Händen geben würde.

Die KPD/ML hat sich in Hessen und Bayern nicht zur Wahl gestellt. Aber die Partei hat in den Wahlkampf eingegriffen, indem sie vor allem die Frage der Massen beantwortet hat: Wie kann die Arbeiterklasse sich von Lohnraub, Teuerung und Arbeitslosigkeit befreien? Sie hat den Ausweg gezeigt: Auf parlamentarischen, auf friedlichem Weg über den Stimmzettel – wie die Revisionisten es verheißen, können wir unsere Lage nicht ändern, können wir das kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrükkung der Arbeiterklasse nicht beseitigen, sondern nur durch die gewaltsame proletarische Revolution. Das ist der Weg zum Sozialismus, zur Herrschaft der Arbeiterklasse.

Kurz berichtet

WAHLKAMPFAKTIONEN DER PARTEI

Gießen:

Am 25.10. fand in Gießen eine Wahlveranstaltung der D„K"P mit Herbert Mies statt. Genossen der Partei entlarvten in Zwischenrufen den Verrat der D„K"P an der Einheit der deutschen Nation und an der bewaffneten Revolution. D„K"P - Landtagskandidat Axel Brück holte daraufhin die Polizei. In Erwartung der kommenden Verstärkung rief Mies zur Saalschlacht auf. Brutal wurden die Genossen zusammengeschlagen. Kommentar eines Revisionisten: „Schlagt sie doch kaputt, dann können wir sie raustragen." Als die Polizei kam, bekam sie von den Revisionisten gleich die Namen einiger Genossen. Einer der Revisionisten: „Da sind die, die euch immer mit Steinen bewerfen!' Dieses faschistische Vorgehen der Revisionisten stieß bei einer Reihe von Besuchern auf Empörung. Zu einer Veranstaltung der Partei zu den Wahlen am nächsten Tag kam auch ein Kollege, der auf dieser Wahlveranstaltung der D„K"P gewesen war.

Frankfurt:

Am 26.10. führte die GRF anläßlich der Wahlen in Hessen eine Großveranstaltung durch. Anwesend waren auch die Herren Horlemann und Semler. Genossen der Partei, die auf dieser Veranstaltung diskutieren und den ROTEN MORGEN und eine Zeitung zur Wahl verteilen wollten, wurden von verschiedenen Ordnerposten gewaltsam daran gehindert. Diese GRF-Führer schreckten nicht davor zurück, jeweils mehrere Ordner auf einzelne Genossen zu hetzen und der Partei die Parteifahne, 20 ROTE MORGEN, 500 Wahlzeitungen und Flugblätter zum Hungerstreik der politischen Gefangenen zu stehlen. Hier zeigte sich allerdings auch, daß sich große Teile von Sympathisanten und einfachen Mitgliedern gegen ein solches Vorgehen der GRF-Führer auflehnen: Einzelne Genossen kamen mit Hilfe dieser Genossen doch noch auf anderen Wegen in den Saal. Ein Sympathisant der GRF gab den Genossen heimlich die ebenfalls gestohlene Parteifahne zurück. Die Genossen konnten viele Gespräche mit interessierten Kollegen und Genossen führen und 11 ROTE MORGEN verkaufen.

SOLIDARITÄT MIT DEM HUNGERSTREIK!

In der letzten Woche wurde in vielen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin ein zentrales Flugblatt der Partei zur Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen verteilt. Die Genossen konnten überall eine große Empörung über den Mordversuch an Genossen Ronald Augustin feststellen.

So konnten zum Beispiel in Friedrichshafen bei einer Kundgebung 20 Unterschriften zur Solidarität mit den politischen Gefangenen gesammelt und 14 ROTE MORGEN verkauft werden. In Karlsruhe hatten sich schon zuvor 6 Jugendliche auf einem Arbeitertreff bereit erklärt, zusammen mit der Partei eine Solidaritätsaktion durchzuführen. Hier konnten bei einer RM-Verkaufsaktion 17 Unterschriften gesammelt werden.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06-466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert.) Tel. 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36, Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig, Abonnement 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

9 Prozent sind eine Provokation

Fortsetzung von Seite 1

sich jetzt selbst als Verräter: sie zeigten nicht die geringste Bereitschaft, den Kampf der Kollegen gegen den Tarifbetrug zu organisieren. Im Gegenteil. Sie hielten die Kollegen hin und bremsten die spontane Bereitschaft der Kollegen zu kämpfen.

Die Kollegen waren morgens, als sich der Betrug herumgesprochen hatte, empört. Es herrschte eine Stimmung, die in Streik hätte umschlagen können. Was aber taten die Revisionisten in dieser Situation? Ihre Betriebsräte propagierten eine Resolution an die Tarifkommission und daß die Kollegen abwarten müßten, wie die Tarifkommission entscheidet. Weiterhin versuchten sie die kampfbereiten Kollegen zu überzeugen, daß erst einmal eine Versammlung des IGM-Vertrauensleutekörpers notwendig sei. ZK-Mitglied der D„K"P, Meyerling, hatte selbst in Aushängen zu einer solchen Versammlung für Mittwoch aufgerufen. Zudem versuchten sie die Kollegen zu vertrösten auf die Belegschaftsversammlung am Ende der Woche. Das ist eine niederträchtige Hinhaltetaktik, die darauf aus ist, die Kampfbereitschaft der Kollegen abzuwürgen und zum Abflauen zu bringen.

Die Taktik, Resolutionen und spätere Versammlungen vorzuschlagen, während die Kollegen gegen den Betrug des Gewerkschaftsapparates zu streiken bereit sind, hat nicht nur das Ziel, die Kollegen kurzfristig vom Kampf abzuhalten. Sie wollen den Kollegen vormachen, daß man „demokratisch Einfluß nehmen", „von der Basis nach oben wirken" müsse. Damit bezwecken sie nichts anderes, als die Kollegen die in dieser Situation klar erkannten, daß der imperialistische Gewerkschaftsapparat auf der anderen Seite der Barrikade steht und sich zusammen mit Kapital und Staatsapparat gegen sie richtet, wieder an den Gewerkschaftsapparat zu ketten versuchen.

So haben die Revisionisten im Laufe eines Tages sich voll als Verräter am Kampf der Arbeiter, als Agenten des Kapitals erwiesen.

Den D„K"P-Revisionisten ist es zu einem Großteil zu verdanken, wenn Kapital und Staatsapparat jetzt triumphieren, daß unter zehn Prozent abgeschlossen worden sei.

Von vornherein hatten Kapital Regierung und Gewerkschaftsapparat deutlich gemacht, daß der Abschluß im Stahlbereich wie auch in den anderen folgenden Branchen keinesfalls über 10% betragen soll. Die Ausbeutung soll weiter verschärft werden, die Arbeitshetze gesteigert, die Rationalisierung forciert und der Lohnraubvorangetrieben werden, um in der wachsenden Krise den kapitalistischen Profit zu stabilisieren und zu erhöhen. Deshalb auch haben sie bei den Stahlverhandlungen betont, daß der 600 DM Zuschlag nur als „Zahlung zum Ausgleich für besondere Verhältnisse in der Stahlindustrie im Jahre 1974" zu betrachten sei. Weil hier, wie sie groß herausstrichen, die Gewinne besonders hoch gewesen seien. Was diese Demagogie bezweckt, ist klar: Die Arbeiterklasse soll ihre Forderungen der Lage der Höhe der Profite der Kapitalisten anpassen. Wenn sich die Krise verschärft, dann muß man eben Rücksicht nehmen und den Gürtel enger schnallen.

Doch der Montag bei Hoesch hat gezeigt – und die weitere Entwicklung des Kampfes wird das bestätigen – daß die Arbeiterklasse sich nicht dem demagogischen Geschrei über die Klassenzusammenarbeit fügen wird. Der gesteigerte Lohnraub, die fortschreitende Teuerung sowie die wachsende politische Unterdrückung der Arbeiterklasse offenbaren immer klarer den Charakter des Klassenwiderspruches zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Dies wird im Verlauf des Klassenkampfes die Arbeiterklasse immer deutlicher erkennen.

Gegen den verschärften Lohnraub kann die Arbeiterklasse nur Erfolge erringen, indem sie sich auf die eigene Kraft stützt und der Klassenversöhnung eine Abfuhr erteilt, ihren Kampf unversöhnlich revolutionär führt.



Diese alte Erfahrung der Arbeiterbewegung ist stärker als alle Demagogie der Bourgeoisie.

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG, ARBEITSLOSIGKEIT UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!
VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DEN KAPITALISMUS UND SEINE HANDLANGER!

Kampf dem Einstellungsstop

Resolution von ÖTV-Mitgliedern aus Jugendvertretung, Schülermitverwaltung und Vertrauensleutekörper eines Hamburger Krankenhauses.

Bekanntlich haben wir im öffentlichen Dienst seit dem 1.10. die 40-Stunden-Woche. Die Forderung der Kollegen zur Einführung der 40-Stunden-Woche war, daß sie mit mehr besetzten Planstellen nur eine Verbesserung bedeutet und der ansonsten auf nichts als verstärkte Arbeitshetze hinausläuft. Die Diskussion und der Kampf für diese Forderung wurde von den ÖTV-Führern immer wieder verhindert. Nun hat der Hamburger Senat beschlossen, aufgrund der „schlechten Haushaltslage" nicht nur keine neuen Planstellen einzurichten, sondern generell jede zweite Planstelle nicht zu besetzen und einen Einstellungsstop zu verfügen. Angeblich erstmal bis zum 31.12. – aber ganz klar, daß dies ein Betrug ist. Bis in die Vertrauensleutekörper hinein herrscht große Wut und Empörung. Ganz im Gegensatz dazu liest sich der ÖTV-Schnellbrief des kapitalistischen Gewerkschaftsapparates und seiner Bürokratie:

„...*Sie erklärte ferner* (die Bezirksleitung der ÖTV), *daß die ÖTV nichts gegen Einsparungen habe, wenn dabei soziale Härten vermieden werden und die Lebensqualität am Arbeitsplatz erhalten bleibt... Die ÖTV erwartet, daß durch die von ihr vorgetragenen Argumente der Senat die Problematik erneut überdenkt...*" (ÖTV-Schnellbrief, Hamburg, 12. September)

Die Kollegen bedanken sich sehr für diese freundlichen Worte an Bürgermeister Schulz. Auf deutsch: Sie scheißen darauf. Wenn diese Herren schon davon reden, daß „die Lebensqualität am Arbeitsplatz erhalten bleibt", dann meinen sie wohl ihre gepolsterten Drehstühle im Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof. Von Lebensqualität zu sprechen, und dabei unsere Arbeit bei der Müllabfuhr oder im Krankenhaus zu meinen, das ist so ein Hohn, wie man ihn sich nicht vorstellen kann. Aber diese Politik fällt auf ihre eigenen Füße zurück, die Kollegen erkennen immer klarer, daß es zwischen den Interessen von uns und den Gewerkschaftsführern keine Gemeinsamkeit gibt. Wir können nur etwas erreichen, wenn wir auf unsere eigene Kraft vertrauen und unsere Forderungen gleichzeitig gegen die Gewerkschaftsführer mit ihrem ganzen bürokratischen Apparat durchsetzen. Denn die sitzen auf der Seite der Kapitalisten und ihres Staates.

KÄMPFEN WIR!
DIENST NACH VORSCHRIFT!
KAMPF DEM EINSTELLUNGSSTOP!

...auch im dienstlichen Interesse

Die Gewerkschaft ÖTV, Bezirk Hamburg, veranstaltete vom 8. bis 11. Oktober ein Seminar für die Vertrauensleute der ÖTV, Abt. Gesundheitswesen mit dem Thema „Der politische Extremismus in der BRD". Ebenfalls eine Veranstaltung dazu. In der Einladung dazu wird offen und unverhohlen das Gesicht gezeigt:

„...*Da es sich bei diesem Seminar in erster Linie um eine Auseinandersetzung mit den politischen Extremisten in der BRD handelt, liegt die Urlaubsgewährung auch im dienstlichen Interesse...*"

Bezeichnenderweise haben als links bekannte V-Leute diese Einladung erst am 9. Oktober erhalten, also einen Tag nach Beginn des Seminars und sechs Tage nach der Veranstaltung im Gewerkschaftshaus. „Eine Panne", wurde mir gesagt.

56% gegen Ausschluss von 2 Kommunisten!

In einer Urabstimmung über den Gewerkschaftsausschluß von zwei Kommunisten sprachen sich 56% gegen einen Ausschluß aus. Sie erteilten damit dem reaktionären Gewerkschaftsapparat eine klare Abfuhr und stärkten die oppositionell revolutionären Kräfte in den Gewerkschaften.

Wie in allen DGB-Gewerkschaften wächst auch in der Postgewerkschaft der Widerstand gegen den reaktionären Gewerkschaftsapparat. Gerade in den letzten Streiks im öffentlichen Dienst hat sich sein arbeiterfeindlicher Charakter erneut gezeigt. Durch Punktstreiks versuchte er die Kampffront zu spalten. Er distanzierte sich von den Kollegen, die damit nicht einverstanden waren und gegen seinen Willen in den Streik traten.

Auch an der Fachhochschule der DBP hat der Kampf gegen den reaktionären Gewerkschaftsapparat einen großen Aufschwung genommen. Im Frühjahr gelang es den Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kollegen, einen Sitz im Ortsvorstand zu erreichen. In wilder Panik wollte der reaktionäre Apparat in Zusammenarbeit mit dem Ortsvorstand zwei Kommunisten ausschließen, weil sie für die sozialistische Revolution, für den Kampf gegen den DGB-Apparat und für den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition eintraten. Einer von ihnen hatte für den Ortsvorstand kandidiert.

Von Anfang an nahm der KSB/ML in Zusammenarbeit mit anderen revolutionären Kräften den Kampf gegen die Gewerkschaftsausschlußverfahren auf. Es wurde erreicht, daß auf einer Mitgliederversammlung über den reaktionären Charakter des DGB-Apparates, seine arbeiterfeindliche Politik und den Aufbau der RGO diskutiert wurde. Mit Mehrheit verlangte die MV, daß durch eine Urabstimmung die Meinung der Mitglieder festgestellt werden soll. Im Extrablatt des „Roten Poststudenten", Zeitung des KSB/ML, heißt es dazu:

„*Wenn wir zur Teilnahme an dieser Urabstimmung aufrufen und aufrufen, gegen den Gewerkschaftsausschluß zu stimmen, dann wollen wir damit erreichen:*

1. daß der Hauptvorstand klar zu sehen bekommt, daß eine breite Mitgliederzahl mit der Kommunistenverfolgung, die durch die HVs aller DGB-Gewerkschaften eingeleitet worden ist, nicht einverstanden ist.
2. daß der HV im Falle eines Ausschlusses offen gegen ein Mehrheitsvotum einer Urabstimmung verstoßen muß und damit sein reaktionärer Charakter noch deutlicher wird.
3. daß es den Kommilitonen weiter möglich ist, innerhalb der Gewerkschaften die Notwendigkeit des Sozialismus und der sozialistischen Revolution aufzuzeigen."

In der Urabstimmung haben die Gewerkschaftler gezeigt, daß sie nicht bereit sind, die Ausschlüsse hinzunehmen. Doch damit ist der Kampf noch nicht gewonnen, da sich der Hauptvorstand nicht an die Meinung der Urabstimmung halten braucht. Doch sollte er es jetzt wagen, die Kommunisten auszuschließen, werden noch mehr erkennen, daß der Kampf gegen den DGB-Apparat notwendig ist und die RGO aufgebaut werden muß. Schon jetzt konnten viele Illusionen über die Gewerkschaften zerstört werden. Der Stein, den sie erhoben haben, ist auf ihre Füße gefallen.

Rationalisierungsterror bei der Bundesbahn

Zum 31.12.74 soll die Bundesbahndirektion in Münster aufgelöst werden. Auch die Umladestelle, die gerade erst mit einigen Millionen DM umgebaut wurde, wird dichtgemacht. Schon jetzt ist zu hören, daß später auch noch andere Bundesbahnstellen wie die Fernmeldemeisterei wegrationalisiert werden sollen. 500 Arbeiter und Angestellte der Bundesbahn werden damit allein in Münster ihren Arbeitsplatz verlieren. Im ganzen Bundesgebiet sind in den letzten Jahren insgesamt 146 000 Werktätige entlassen worden. Diejenigen, die ihren Arbeitsplatz behielten, mußten dafür mit wachsender Arbeitshetze und mit Überstunden bezahlen. 6 Millionen Überstunden waren es allein im letzten Jahr.

Entlassungen und Arbeitshetze, das ist die Wahrheit hinter dem Märchen vom „sicheren Arbeitsplatz beim Staat", mit dem gerade die jungen Werktätigen immer wieder betrogen werden. Das Schicksal der Arbeiter und Angestellten bei der Bundesbahn beweist, daß der Staat keine Sekunde an die „Wohlfahrt" der Werktätigen denkt.

Er tut das weder bei seinen eigenen Arbeitern und Angestellten, noch bei den Werktätigen der anderen Betriebe. Wenn der Staat in die Wirtschaft eingreift, dann nach den Bedürfnissen des Kapitals. Er hilft die Ausbeutung zu verschärfen, um auch in der Krise die Profite der Monopole zu erhöhen.

Die Münsteraner Arbeiter und Angestellten der Bundesbahn sind nicht gewillt, sich diesem Rationalisierungsterror einfach zu beugen. Sie wissen, daß sie in Münster kaum einen gleichwertigen Arbeitsplatz finden werden. Am Freitag letzter Woche zogen rund 500 von ihnen in einer Demonstration durch die Stadt und nahmen an einer Protestversammlung gegen die Stillegung teil. Auf dieser Protestversammlung gaben sich sowohl die Gewerkschaftsbonzen als auch die Vertreter von SPD und CDU betont kämpferisch. Sie haben den Kampf der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst im letzten Jahr nicht vergessen und sie fürchten, daß er angesichts des Rationalisierungsterrors noch heftigere Wellen schlagen wird. Die Arbeiter und Angestellten allerdings waren skeptisch: „Na, ob das heute was genützt hat, das glauben wir nicht." war die Haltung von vielen. Sie werden im Verlauf des Kampfes noch besser erkennen, daß sie nicht mit, sondern nur gegen den Staats- und Gewerkschaftsapparat erfolgreich kämpfen können.

Revisionistisches

D„K"P: „POLIZEIWACHEN VERSTÄRKEN!"

In Mannheim ist geplant, die Polizeiwache am Marktplatz zu verlegen. Für die Revisionisten ein Grund, Alarm zu schlagen: Die D„K"P-Stadträte Locherer und Abele stellten einen Antrag, in dem sie den Oberbürgermeister persönlich aufforderten, sich *„bei der Landesregierung mit allem Nachdruck für den Verbleib der Polizeiwache"* einzusetzen. Der D„K"P-Kreisvorstand forderte darüberhinaus, daß die Polizei ihre Fußstreifen erhöhen soll.

Für diese Forderung veranstalteten die Revisionisten jetzt sogar eine Unterschriftensammlung. Es ist ein eindeutiges Beispiel dafür, wie die Revisionisten unter dem demagogischen Vorwand, die Polizei diene dem Schutze der Bevölkerung, den Ausbau und die Verstärkung des bürgerlichen Unterdrückungsapparates unterstützt – und in diesem Fall sogar aktiv vorantreibt. Die Massen versuchen sie durch ihre Unterschriftensammlung ideologisch zu entwaffnen, indem sie ihnen Vertrauen predigen in genau den Apparat, der sie ständig mit Terror und Gewalt bedroht.

DIE SCHANDE DER PHILIPPINISCHEN REVISIONISTEN!

In einer kurzen Meldung berichtet die UZ, Zeitung der D„K"P, unter der Spalte „Telegramme", daß es ein freundliches Treffen zwischen dem Vorsitzenden der „K"P der Philippinen und dem philippinischen Staatspräsidenten Marcos gegeben habe.

Doch warum der Vorsitzende der revisionistischen „K"PP, die bis jetzt offiziell verboten war, so freundlich empfangen wurde und was sich bei diesem Empfang abspielte, verschwieg die UZ: 27 führende Mitglieder der revisionistischen Partei erklärten der Marcos-Regierung gegenüber offiziell die „Kapitulation" und überreichten „symbolisch" verschiedene Waffen. Sie verpflichteten sich der Regierung gegenüber, sich künftig gesetzestreu zu verhalten und die Waffen niederzulegen. Die Partei, die bisher verboten war, wird damit in Zukunft offen auftreten können.

Damit haben sich die philippinischen Revisionisten ganz offen auf die Seite der Bourgeoisie gestellt und das Volk völlig verraten. Das philippinische Volk kämpft bereits seit Jahren mit der Waffe in der Hand unter der Führung der wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei der Philippinen.

KINDERFEST UNTER POLIZEIAUFSICHT

In einer Ankündigung zu einem Straßenfest für Kinder der D„K"P-Revisionisten im Hamburger Stadtteil Eppendorf versichern die Revisionisten: *„Wir haben das Fest sorgfältig vorbereitet und mit den Beamten der Polizeirevierwache an der Martinistraße genau abgesprochen. Während des Festes überwacht ein Polizist den Ablauf..."* Was dem Polizeiapparat bisher nicht in Kasperlvorführungen, Ausstellungen und ähnlichem gelungen ist, übernimmt nun die D„K"P: den Kindern die Polizei als bewährten „Freund und Helfer" hinzustellen.

Dem entsprach auch die Durchführung des Festes: Neben Sackhüpfen und Fußballspiel für die Kinder gab es kein Wort über die steigende Arbeitslosigkeit, geschweige denn ein Wort über die Notwendigkeit der Revolution. Ein Kollege, der sich das Theater ansah: *„Bei denen scheint die Welt ja noch in Ordnung zu sein. Nee, bei mir aber nicht. Das sind doch keine Kommunisten!"*

Interview mit einer kommunistischen Kollegin

"Der Name KPD/ML versetzt die Herren ganz schön in Panik."

Vor einiger Zeit wurde Genossin Hilde Sch. von den Siemensbossen in Westberlin wegen angeblicher Beleidigung und übler Nachrede entlassen. Kollegen einer Abteilung führten damals von sich aus eine Unterschriftensammlung gegen die Entlassung durch, mehr als 50 Kollegen unterschrieben. Jetzt fand die erste Verhandlung der Genossin gegen die Siemenskapitalisten vor dem Arbeitsgericht statt. Die Vertreterin von Siemens „bewies" hier ihre Vorwürfe damit, daß die Genossin die betrieblichen Beurteilungsbögen und Geschwindigkeitsmesser an den Maschinen als ein Mittel zur Arbeitshetze und Einschüchterung der Kollegen angeprangert hatte, daß sie weiter die Mauschelei des Betriebsrats mit der Geschäftsleitung angegriffen habe. Letzter „Beweis" war die Behauptung, daß die Genossin Mitglied der KPD/ML sei. Doch diese erste Verhandlung endete mit einer vorläufigen Niederlage der Siemenskapitalisten. Das bürgerliche Klassengericht mußte sie auffordern, in 14 Tagen mit „besseren Beweisen" wiederzukommen.

In einem Interview mit „Der Rote Gartenfelder", der Betriebszeitung der KPD/ML bei Siemens-Gartenfeld, nimmt die Genossin Hilde zu diesem Prozeß Stellung.



ROTER GARTENFELDER: „Was sagst Du zu diesen Vorwürfen?"

FRAU SCH.: „Oh, dazu habe ich eine ganze Menge zu sagen und habe das ja auch vor Gericht getan. Also mal der Reihe nach. In meinem Kündigungsschreiben ist ja Beleidigung und üble Nachrede gegenüber Werksleitung und Betriebsrat als Grund angegeben. Jetzt wollen sie unter der Hand Betriebsfriedenstörung daraus machen, weil ihnen klar ist, daß Beleidigung und üble Nachrede gar keine Grundlage für eine Kündigung abgeben. Diesen Versuch, mir klammheimlich Betriebsfriedensstörung unterzujubeln, werde ich natürlich zurückweisen und auf dem Nachweis bestehen, wann, wo und mit was ich die Herren Schulz und Kücken beleidigt, bzw. üble Nachrede betrieben habe, und wenn ich sie dazu als Zeugen vor Gericht anfordern muß! Auf der anderen Seite hat ihr Vorgehen aber auch was Gutes. Es spart mir die Arbeit zu beweisen, daß es gar nicht um Beleidigung usw. geht, sondern darum, die Betriebe von Kommunisten zu säubern. Im Gegensatz zum Gericht, daß die Sache mit der KPD/ML offenbar gerne ausklammern möchte, bin ich der Ansicht, daß es überhaupt nur um diesen Punkt in dem Prozess geht. Der Name KPD/ML versetzt die Herren offensichtlich ganz schön in Panik. Allerdings habe ich nicht gesagt, daß ich Mitglied bin."

ROTER GARTENFELDER: „Der Siemensvertreter tat ja so, als ob der bloße Gedanke, daß es bei Siemens so was wie Ausbeutung, Antreiberei und Mauschelpolitik geben könnte, reineweg absurd ist.

FRAU SCH.: „Also, ich glaube, dazu brauche ich hier nicht viel zu sagen. Jeder Kollege weiß selbst, was Sache ist. Und der Betriebsrat weiß es auch, sonst hätte er ja wohl den Mut gehabt, sich auf der Betriebsversammlung mit meinen Argumenten auseinanderzusetzen, statt mir jetzt hinterrücks Beleidigung vorzuwerfen. Wenn sie beleidigt waren, warum haben sie es nicht gewagt, daß gleich auf der Betriebsversammlung auszusprechen, statt mich 1 Woche später aus dem Betrieb zu werfen."

ROTER GARTENFELDER: „Du hast eben schon mal den Ausdruck von Siemens aufgegriffen, daß du die Belegschaft aufgehetzt hast."

FRAU SCH.: „Über solche Sprüche kann ich mich nun wirklich aufregen. Die tun doch so, als ob die meisten Arbeiter und Angestellten eine dumme Masse darstellen mit keiner eigenen Meinung, der man alles einreden kann, wenn man es nur richtig versteht. Natürlich gibt es einzelne Kollegen, die zu allem ja und Amen sagen. Aber die meisten wissen ganz genau, was los ist und mit was für Schikanen sie rechnen müssen, wenn sie offen für ihre Sache eintreten. Die lassen sich nicht aufhetzen, sondern wenn sie sich wirklich zum Handeln entschließen, dann weil das Maß voll ist, weil sich unsere Arbeits- und Lebensbedingungen so sehr verschlechtert haben und die Ungerechtigkeit so groß geworden ist, daß sie einfach nicht mehr mitmachen wollen. Aber bestimmt nicht, weil ich ihnen etwas einrede, was gar nicht ihrer Meinung ist.

So möchten es die Herren Kapitalisten bloß gerne hinstellen, um Mißtrauen gegen die Kommunisten zu säen. Dabei entspricht das, was sie mir unterschieben wollen, in Wirklichkeit ihrer eigenen Einstellung. Sie halten sich für wer weiß was und sehen uns als den letzten Dreck an, der ohne sie nicht mal fähig zum Arbeiten, geschweige denn zum Denken ist. Dabei ist es genau umgekehrt. Sie können ohne uns nicht leben, aber wir ohne sie."

ROTER GARTENFELDER: „Wie willst Du den Prozeß nun weiterführen?"

FRAU SCH.: „Bei den genannten Punkten, die ‚beleidigend' oder ‚betriebsfriedensstörend' oder wie immer es Siemens hindrehen will, sein sollen, werde ich natürlich beweisen, daß es einfach Tatsachen sind. Dazu werde ich mich auch noch mit Kollegen, die darüber Bescheid wissen, besprechen.

Aber Fahrtenschreiber, Beurteilungsbögen, Mauschelpolitik, das sind nur vorgeschobene Gründe, um die es Siemens in diesem Prozeß gar nicht geht. Der entscheidende Punkt in ihrer Begründung ist, daß es betriebsfriedensstörend ist, wenn man Mitglied der KPD/ML ist. Mal ganz dahingestellt, daß sie mir meine Mitgliedschaft erstmal beweisen müssen – was bedeutet es, wenn sie das in diesem Prozeß durchkriegen? Das bedeutet, daß Kommunisten durch Gesetz verboten wird zu arbeiten. Wer Kommunist ist, stört den Betriebsfrieden, damit verstößt er gegen das Betriebsverfassungsgesetz. Sie versuchen gegenwärtig, den Kommunisten die Existenzgrundlage zu rauben, um die KPD/ML kleinzukriegen, ohne daß sie sie offen verbieten müssen.

ROTER GARTENFELDER: „Warum meinst Du denn, daß sie die KPD/ML nicht offen verbieten wollen?"

FRAU SCH.: „Das würde doch einigen Wind machen. Es würde 1. ihr demokratisches Image ganz schön ramponieren und außerdem würden sich dann doch viele die logische Frage stellen: Warum wird die D„K"P/„S"EW nicht auch verboten? Und dann würde immer deutlicher herauskommen, daß sie selbst die D„K"P/„S"EW mitgegründet haben, um dem Arbeiter, der eine Alternative will, eine „kommunistische" Partei anzubieten, die den Herrschaften garantiert nicht gefährlich wird. Und das Ergebnis wäre das Gegenteil von dem, was sie mit dem Verbot erreichen wollen. Es würden immer mehr Kollegen die KPD/ML als die Partei erkennen und unterstützen, die die wahre Nachfolge der KPD Ernst Thälmanns angetreten hat."

ROTER GARTENFELDER: „Wie kommst Du darauf, daß dies alles hinter Deinem Rausschmiß und seiner Begründung durch Siemens steckt?"

FRAU SCH.: „Weil eben System hinter der ganzen Sache steckt. Ich bin ja nicht die erste und einzige, die wegen kommunistischer Gesinnung gekündigt wurde. Um nur Gartenfeld zu nehmen. Hier hat es allein 4 solcher Fälle außer mir gegeben: Axel S. und Dieter I. vor rund 2 Jahren vom Hausgerätewerk. Kurz nach mir ein Kollege, von dem sie ebenfalls annehmen, daß er zur KPD/ML gehört, dann der Kollege Horst-Dieter Lünser, der früher 11 Jahre im Kabelwerk gearbeitet hatte und rausflog, nachdem er vor etwa 2 1/2 Jahren mit mir zusammen Unterschriften gegen Picknick-Schulz gesammelt hatte und jetzt wiederum im Wernerwerk entlassen wurde wegen seiner kommunistischen Tätigkeit.

Ich habe auch gehört, daß die Westberliner Kapitalisten einen „Arbeitskreis innere Sicherheit" gegründet haben, über dessen Aufgaben es in einem Schreiben der Industrie- und Handelskammer heißt: „Nicht zu den Aufgaben des Arbeitskreises gehört die ideologische Auseinandersetzung mit Gegnern unseres Wirtschaftssystems. Trotzdem wird sich der Arbeitskreis auch mit Problemen der Unterwanderung von Betrieben und beabsichtigten Störungen des Betriebsablaufes befassen."

Siemens ist gleich durch zwei Vertreter mit dabei: **Bücher, Herbert,** Brandschutzbeauftragter, Siemens AG, ZDV 25, Feuerwehrleitung, 1 Berlin 36 Nonnendammallee 101 – 10 und **Ekkehard von Zanthier,** kfm Leiter im Innenbereich, Siemens AG, ZN 2, 1 Berlin 11, Schönbergerstr. 4 – 6.

Und der Gewerkschaftsapparat ist den Kapitalisten mit dem neuen Unvereinbarkeitsbeschluß ja schon mit gutem Beispiel vorangegangen: danach kann jeder, der irgendwo auf einer Veranstaltung der KPD/ML oder einer anderen revolutionären Organisation gesehen wird, ohne Verfahren aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden – wie sie es mit mir ja schon gemacht haben. Zum Gewerkschaftsverbot für Kommunisten nun noch das Arbeitsverbot, haltet Ihr das für zu weit hergeholt?

ROTER GARTENFELDER: „Eine letzte Frage: Was versprichst Du Dir vom weiteren Verlauf des Prozesses?"

FRAU SCH.: „Nach den Erfahrungen aus dem Prozeß des Kollegen Axel S. vom Hausgerätewerk weiß ich, daß unsere Gerichte zwar Recht, aber nicht gerecht sprechen. Das einzig gerechte Urteil wäre meine sofortige Wiedereinstellung. Aber obwohl der Kollege A. damals seinen Prozeß zunächst gewonnen hatte, brauchte Siemens ihn nicht wieder einzustellen. Denn das Recht steht bei uns immer auf der Seite der Mächtigen.

Aber ich werde alles dafür tun, daß das schmutzige Spiel, das hier gespielt wird, vor allen Kollegen aufgedeckt wird, damit sie die heutige Situation klarer erkennen können. Die Zeit des Wiederaufbaus nach dem Krieg mit seinem Wirtschaftswunder ist vorbei. Die wirtschaftlichen und politischen Krisen sind heute wieder Alltag. Das heißt, daß die Kapitalisten immer mehr versuchen, das Letzte aus uns rauszuholen, um weiter ihre Profite zu halten. Das gelingt ihnen nur durch härtere Unterdrückung, ihre demokratische Fassade wird immer brüchiger, auf schleichendem Weg versuchen sie, eine faschistische Maßnahme nach der anderen einzuführen. Zweimal war das Ende vom Lied ein Weltkrieg mit ungeheurer politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Not für die Bevölkerung.

Ich hoffe, daß viele Kollegen diese Entwicklung besser erkennen und den Weg zur KPD/ML finden, die sich in dieser Situation von den Worten Mao Tsetungs leiten läßt:

„Entweder verhindert die sozialistische Revolution einen neuen Weltkrieg, oder ein neuer Weltkrieg bringt die sozialistische Revolution hervor."

Immer mehr müssen sehen, daß wir uns von Krise, Unterdrückung, Krieg und Faschismus ein für allemal nur durch die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats befreien können. Die Säuberungsversuche der Betriebe von Kommunisten zeigen, welche Angst die Herren vor dem wachsenden Einfluß der Kommunisten in der Arbeiterklasse haben."

ROTER GARTENFELDER: „Vielen Dank, Genossin Schaake, wir werden Dich so gut wir können dabei unterstützen."

Vom Aufbau des Sozialismus

WAHLREDE DES GENOSSEN ENVER HOXHA SCHLIESST DAS ALBANISCHE VOLK NOCH ENGER UM DIE PARTEI ZUSAMMEN

In den Nachrichten berichtete Radio Tirana über die außerordentliche Freude, Begeisterung und Mobilisierung, die die Rede des Genossen Enver Hoxha im ganzen sozialistischen Albanien hervorgerufen hat. In dem Bericht heißt es:

„Die programmatische Rede des Führers der Partei der Arbeit und des Volkes Albaniens, Genossen Enver Hoxha, auf dem Treffen mit den Wählern des Wahlkreises Nr. 209 der Hauptstadt wurde vom ganzen albanischen Volk mit großer Begeisterung zustimmend zur Kenntnis genommen. Überall, in Fabriken, Baustellen, landwirtschaftlichen Genossenschaften, wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen, Militärverbänden und Schulen, wurde diese Rede mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, als sie im Radio und im Fernsehen gesendet wurde, sowie in den Tageszeitungen von den Massen gelesen und wiedergelesen. Die albanischen Werktätigen sehen diese Rede als ein Dokument von großer Bedeutung an, in der die Erfahrungen und revolutionären Wege des albanischen Volkes zusammengefaßt sind und eine tiefgehende, wissenschaftliche, marxistisch-leninistische Analyse der gegenwärtigen inneren und internationalen Lage vorgenommen wird. In der Rede des Genossen Enver Hoxha auf dem Wahltreffen, betonen die albanischen Werktätigen, stechen Weitblick und der prinzipienfeste Mut der Partei der Arbeit Albaniens hervor, die den Namen des neuen Albanien hochgehoben hat, ihr richtiges Wort offen und mutig über alle Fragen äußert und die glänzenden Aussichten aufzeigt, die vor unserem Vaterland und der Revolution stehen. In Städten und Dörfern wird die Rede des Genossen Enver Hoxha auf dem Wahltreffen als eine historische Rede betrachtet, als mächtiger Ausdruck der Gedanken und Gefühle sowie der revolutionären Zielsetzungen des albanischen Volkes, als ein großes Arbeitsprogramm für die werktätigen Massen.

Aus allen Teilen des Landes eingehende Meldungen teilen mit, daß Arbeiter, Bauern, Volksintellektuelle und Militärangehörige, von dieser Rede begeistert, revolutionäre Verpflichtungen auf dem Gebiet der Produktion, der Erziehung und der Verteidigung, der großen Errungenschaften der Revolution und des sozialistischen Aufbaus übernommen haben, und durchführen.

LITERATUR IN DER VR ALBANIEN – IM DIENSTE DES VOLKES

Alljährlich wird in Albanien ein Monat der Literatur und Kunst durchgeführt. In diesem Jahr, dem 30. Jahr der Befreiung Albaniens, finden im Rahmen dieses Monats besonders umfangreiche und schöne Festivals, Ausstellungen usw. statt. Das albanische Volk kann auf große Erfolge und Fortschritte auf dem Gebiet der Literatur und ihrer Verbreitung zurückblicken.

Um das zu illustrieren, genügt es, die Tatsache zu erwähnen, daß vom Jahre 1555 bis 1944 in Albanien 18 000 Bücher veröffentlicht wurden, während nach der Befreiung von 1945 bis 1973 11 151 Bücher herausgegeben wurden. Von Jahr zu Jahr wurde die Anzahl der neuen Publikationen erhöht. So wurden 1973 800 Bücher mit einer Gesamtauflage von über 9 Millionen Exemplaren veröffentlicht. Das bedeutet, daß Albanien nun zu den Ländern der Welt gehört, die die höchste Buchzahl pro Kopf der Bevölkerung herausgeben.

Das entscheidende aber an der albanischen Literatur ist, daß sie im Dienst der Massen steht, daß die albanischen Schriftsteller eng mit dem Leben der Werktätigen verbunden sind.

Ihre Werke spiegeln das schwungvolle Leben der Massen seit der Befreiung Albaniens wieder, schildern die revolutionären Heldentaten der Massen in der Revolution und die Standhaftigkeit des Volkes angesichts der Feinde und der Schwierigkeiten, die täglich überwunden werden.

Studiert die Rede des Genossen Enver Hoxha!



Die Rede des Genossen Enver Hoxha, die der 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens am 3.10.1974 vor seinen Wählern in Tirana hielt, ist nicht nur für die Partei der Arbeit Albaniens und das albanische Volk, sondern für alle Völker der Welt und die gesamte kommunistische Weltbewegung von großer Bedeutung. Sie fand darum auch nicht nur in der Volksrepublik Albanien begeisterte Zustimmung, sondern wird in der ganzen Welt diskutiert und studiert. Selbst die bürgerliche Presse sah sich in vielen Ländern – auch bei uns – gezwungen, auf die Rede des Genossen Enver Hoxha einzugehen. Unsere Partei hat durch den Abdruck im ROTEN MORGEN und durch die Herausgabe in Broschürenform die große Bedeutung, die sie der Rede des Genossen Enver Hoxha beimißt, bereits unterstrichen. Wir wollen nun auf einige Punkte der Rede, die uns besonders wichtig erscheinen, eingehen.

Die großartigen Erfolge, die das albanische Volk beim Aufbau des Sozialismus, bei der Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats, bei der Entwicklung der Wirtschaft, der Revolutionierung von Kultur und Erziehung usw. erreicht hat, sind beeindruckend und dokumentieren angesichts der wachsenden Krisenerscheinungen in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus. Genosse Enver Hoxha macht in seiner Rede deutlich, daß diese Erfolge dem albanischen Volk nicht in den Schoß gefallen sind, sondern das Ergebnis seiner Arbeit, seines Schweißes, seiner Opferbereitschaft ist. Der Sozialismus ist keine Utopie, sondern eine Wissenschaft, er verspricht den Menschen kein Schlaraffenland, sondern zeigt ihnen den Weg, wie sie als Herren ihres Landes und der Produktion frei von Ausbeutung und Unterdrückung für ein glückliches Leben arbeiten und kämpfen können.

Mit der Eroberung der politischen Macht, der Errichtung der Diktatur des Proletariats ist der Kampf der Arbeiterklasse nicht zuende, sondern wird auch unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats gegen alle inneren und äußeren Feinde weitergeführt. Genosse Enver Hoxha sagt:

„Aber die Partei trägt uns auf, uns immer der großen Lehren des Marxismus-Leninismus bewußt zu sein und sie niemals zu vergessen, nach der der Klassenkampf, der wirkliche Motor der Geschichte, eine große bewegende Kraft ist, die das Werk des Aufbaus des Sozialismus voranschreiten läßt, die die Freiheit und die Unabhängigkeit des Vaterlandes sichert und das Wohlergehen des Volkes verteidigt. Das ist eine mächtige Waffe, die uns von Übeln befreit, die uns stählt und revolutioniert, die die Partei, den Staat und das ganze Volk gegen Degeneration und gegen die Restauration des Kapitalismus verteidigt. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kommt der Entfaltung des Klassenkampfes eine besondere Wichtigkeit zu, weil er das stärkste Bollwerk darstellt, um die ideologischen Angriffe des Feindes zu zerschlagen, um die Versuche zu ersticken, die überlebten, fremden Ideologien in unseren Hirnen wiederzubeleben und um die schädlichen bürgerlichen und revisionistischen Einflüsse zu neutralisieren."

In diesem Kampf schreitet das albanische Volk unaufhaltsam voran, weil es von einer korrekten marxistisch-leninistischen Partei, der ruhmreichen Partei der Arbeit Albaniens, geführt wird, weil zwischen der Partei der Arbeit und dem albanischen Volk eine unzerstörbare Einheit besteht, was sich auch in dem einmütigen Votum des albanischen Volkes bei den Wahlen zur Volksversammlung ausdrückte.

Die Rede des Genossen Enver Hoxha vermittelt uns so ein anschauliches Bild vom wirklichen Sozialismus in der Volksrepublik Albanien, Einsicht in die Schwierigkeiten, auf die das albanische Volk in seinem Kampf stößt und in die Methoden, durch die es unter der Führung der Partei der Arbeit diese Hindernisse aus dem Weg räumt. So ist diese Rede für uns eine scharfe Waffe zur Propagierung des Sozialismus. Die konkrete Darstellung der großartigen Erfolge des albanischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus und seiner gegenwärtigen Kampfziele wird vielen Menschen zeigen, daß der Sozialismus kein Wunschtraum einiger Phantasten ist, sondern Wirklichkeit ist und daß es in den Händen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen unseres Landes liegt, ihn auch hier Wirklichkeit werden zu lassen, auf dem Weg, den unsere Partei weist, dem Weg der sozialistischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Das ist ein Schlag gegen die reaktionäre bürgerliche Demagogie, die den Sozialismus ins Reich der Utopie verweisen will, behauptet, er könne nicht verwirklicht werden und wenn es dennoch versucht werde, müsse es zwangsläufig in einer faschistischen Diktatur über das Volk wie in der heutigen Sowjetunion, in der heutigen DDR usw. enden.

Und es ist ein schwerer Schlag gegen die modernen Revisionisten, die der Arbeiterklasse bei uns die revisionistischen Länder als „konkreten Sozialismus" verkaufen wollen. In diesen Ländern sind mit der Restauration des Kapitalismus auch die kapitalistischen Krisenerscheinungen wieder auf die Tagesordnung getreten: steigende Preise, Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen. Hin und wieder müssen sogar die in Moskau veröffentlichten Zahlen zugeben, daß es, wenn auch in versteckter Form, wieder Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion gibt. Die neuen Zaren im Kreml, aber beispielsweise auch die Gierek-Clique in Polen, müssen in großem Umfang ausländisches Kapital, vor allem amerikanisches und westdeutsches, ins Land holen, um den völligen Zusammenbruch ihrer Wirtschaft zu verhindern. Zunehmend revoltieren die Werktätigen dieser Länder gegen Ausbeutung und Unterdrückung, die Völker setzen sich gegen die Knechtung ihrer Nationen durch die sowjetischen Sozialimperialisten zur Wehr. Alle Welt sieht, wie die Neuen Zaren und ihre Vasallencliquen in anderen revisionistischen Ländern diesen wachsenden Kämpfen der Völker mit faschistischem Terror begegnen.

Wenn wir den faschistischen Regimes in den krisengeschüttelten revisionistischen Ländern das großartige Bild vom Aufbau des Sozialismus in Albanien, wie es aus der Rede des Genossen Enver Hoxha deutlich wird, und den Geist der Freiheit, der aus jedem Wort dieser Rede spricht, gegenüberstellen, wird die Begeisterung für das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa, die Volksrepublik Albanien, und der Haß und die Verachtung für die modernen Revisionisten noch mehr Menschen ergreifen.

Dies auch deshalb, weil die Völker der Welt in der Volksrepublik Albanien einen unbeugsamen Sprecher und Verbündeten im Kampf gegen den Imperialismus, insbesondere gegen die beiden Supermächte, haben:

„Wir, die Menschen der Volksrepublik Albanien, eines kleinen Landes auf dem Balkan, das sein Leben lang unter barbarischen und imperialistischen Invasoren gelitten hatte und seine Freiheit und alles, was es heute genießt, durch den bewaffneten Kampf errungen hat, fordern heute alle einfachen Menschen der Welt auf, wachsam zu sein: Vorsicht! Der amerikanische und der russische Imperialismus treiben die Welt in einen weiteren Weltkrieg, schrecklicher als alle bisherigen. Diese beiden sind an den heutigen großen Krisen schuld. Sie rivalisieren miteinander um die Weltvorherrschaft, sie kämpfen, um die Märkte zu erobern, was soviel heißt, wie die Völker zu unterjochen und zu versklaven. Sie sind es, die die volksfeindlichen Cliquen und Regierungen aufrüsten, um sie als Gendarmen und Kanonenfutter für das Blutbad zu haben, das sie vorbereiten und das unvermeidlich wird, wenn wir sie gewähren lassen."

In der Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Vorherrschaft in der Welt geht gegenwärtig die Hauptkriegsgefahr aus. Sie schaffen auf der ganzen Welt Unruhe, unterdrücken die Völker, schüren Streitigkeiten zwischen ihnen, inszenieren Putsche und Komplotte, um ihren Herrschaftsbereich aufrechtzuerhalten und auszudehnen. Zwischen ihnen herrscht schärfste Rivalität und der Kampf um die Weltherrschaft verschärft auch die Rivalität zwischen ihnen und den kleineren und mittleren imperialistischen Staaten wie z.B. dem westdeutschen Imperialismus. Diese Entwicklung wirft einige wichtige Fragen auf. Dient es den Interessen unseres Volkes und denen der Völker der Welt, wenn die westdeutschen Kommunisten die Arbeiterklasse und die Werktätigen unseres Landes auffordern würden, dem westdeutschen Imperialismus gegen die Supermächte den Rücken zu stärken? Wenn wir den Kampf gegen den Militarismus und Revanchismus des westdeutschen Imperialismus einstellen würden, weil die Hauptkriegsgefahr von den beiden Supermächten ausgeht? Wenn wir vielleicht sogar, weil der sowjetische Sozialimperialismus zweifellos im Hinblick auf Westeuropa und vor allem auch auf unser Land besonders aggressiv ist, für eine Stärkung der NATO als Schutz gegen die Bedrohung durch den Sozialimperialismus einträten?

Genosse Enver Hoxha stellt in seiner Rede fest: **„Die beiden Supermächte befinden sich heute in einer großen wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Krise. Ihre Regimes und Ideologien sind durch und durch korrupt. Niemand glaubt ihnen mehr. Doch mit Gewalt und Demagogie zwingen sie sich den anderen Kapitalisten auf, die in den Spinnweben der beiden imperialistischen Supermächte eingefangen sind und die sich aus diesem Joch kaum mehr befreien können, wenn sich das Volk nicht selbst zum Kampf erhebt. Natürlich versuchen diese beiden imperialistischen Supermächte und alle anderen, die in ihren Netzen verstrickt sind, die schrecklichen Folgen der Krise auf die Werktätigen ihrer Länder abzuwälzen. Daraus entstehen Widersprüche zwischen den Staaten und zwischen den Regierungen und zwischen den Völkern. Das leidende Volk aber kann keine Erlösung von anderen erwarten. Es kann sich nur selbst befreien; denn die kapitalistisch-revisionistischen Führer sind untereinander solidarisch, wenn es darum geht,sich gegen die Volksrevolution zu schützen."**

Was folgt für uns aus diesen grundlegenden Ausführungen des Genossen Enver Hoxha? Der westdeutsche Imperialismus gehört zu denen, die „tief in den Spinnweben der beiden imperialistischen Supermächte eingefangen" sind. Wenn er einmal ein Wort gegen den US-Imperialismus riskiert, dann schmeichelt er gleichzeitig dem sowjetischen Sozialimperialismus. Er versucht, die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten auszunutzen, ohne den Bruch mit dem US-Imperialismus zu riskieren. Er segelt im Windschatten des US-Imperialismus, um von der Beute dieses großen imperialistischen Räubers etwas abzubekommen, um so zu erstarken, damit er eines Tages selbst als Supermacht auftreten kann. **Für unser Land gilt, daß es „sich aus diesem Joch kaum mehr befreien" kann, „wenn sich das Volk nicht selbst zum Kampf erhebt." Und es gilt für unser Volk, daß es „keine Erlösung von anderen erwarten kann", sondern „es kann sich nur selbst befreien."**

Darum heißt es in der Erklärung des Zentralkomitees unserer Partei zur nationalen Frage: **„Stellen wir fest, die Bourgeoisie in der imperialistischen Phase des Kapitalismus, sowohl die alte im Westen, als auch die neue im Osten ist nicht mehr in der Lage, die Führung der Nation zu übernehmen. Diese Aufgabe fällt heute – bereits vor der Periode des Sozialismus – der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhutpartei zu. Die Aufgabe steht durchaus nicht in Widerspruch zu den besonderen Klasseninteressen und Klassenaufgaben des Proletariats, im Gegenteil, die Erfüllung ihrer nationalen Aufgabe erleichtert ihr die Lösung der Klassenaufgabe, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates in der sozialistischen Revolution. So ist denn der Kampf um die Einheit Deutschlands ein untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Revolution."**

Wenn das deutsche Volk sich im Kampf gegen die beiden Supermächte, für seine nationale Unabhängigkeit und Einheit nicht auf die eigenen Bourgeoisien in Ost und West stützen kann, dann gilt erst recht, daß es nicht auf die NATO vertrauen darf, die unter der Oberhoheit der einen Supermacht, des US-Imperialismus steht. Genosse Enver Hoxha stellt in seiner Rede fest: **„Um eine richtige und realistische Politik gegenüber seinem Land und gegenüber anderen Ländern zu machen, muß man sich zunächst von allen Komplotten befreien, die die imperialistischen Supermächte und ihre Agenten geschaffen haben und immer noch schaffen."** Die NATO, in der die westdeutschen Imperialisten Mitglied sind und der Warschauer Pakt, in den die DDR einbezogen ist, sind die aggressivsten und gefährlichsten dieser imperialistischen Komplotte. Und die Mitgliedschaft der westdeutschen Imperialisten und der Honnecker-Clique in diesen aggressiven, unter dem Diktat der beiden Supermächte stehenden Militärpakte verstößt nicht nur gegen die nationalen Interessen unseres Volkes, sondern stellt auch für die Völker der Welt eine Bedrohung dar.

Genauso verhält es sich mit der Anwesenheit ausländischer Truppen auf unserem Boden, besonders der US-Truppen in der Bundesrepublik und Westberlin und der sowjetischen Truppen in der DDR. Sie sind nicht nur zur Unterdrückung unseres Volkes da, sondern bedrohen vom Boden unseres Landes auch andere Völker.

So bereitete der US-Imperialismus von Westdeutschland aus Aggressionen gegen die Völker Indochinas und des Nahen Ostens vor, so betrieben die sowjetischen Sozialimperialisten vom Boden der DDR aus ihre Aggressionen gegen die Tschechoslowakei.

Deshalb heißt es in der Erklärung des Zentralkomitees zur nationalen Frage: **„Nehmen wir den revolutionären Kampf auf gegen das sich gegen die sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes, gegen seine Freiheit, Unabhängigkeit und physische Existenz richtende Komplott der zwei Supermächte und ihrer westdeutschen Bündnispartner und ostdeutschen Lakaien! Kämpfen wir für den Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland, für den Austritt der zwei deutschen Staaten einerseits aus der Nato, der EG, andererseits aus dem Warschauer Pakt und dem RGW (Comecon)."**

„Nehmen wir uns in diesem Kampf das heroische albanische Volk zum Vorbild: **„Die Albaner sagen: ‚Jedes Gericht, in das Gift gemengt ist, ist ungenießbar, denn man stirbt daran und man muß es wegschütten.' Manche werden sagen: ‚Was sollen wir aber mit den Amerikanern und den Sowjets machen? Sie sind so stark. Sollen wir sie links liegen lassen? ' Die Albaner aber sagen: ‚Nicht nur liegen lassen, sondern sie isolieren und in die Zwangsjacke stecken.' ‚Das ist nur ein Wunsch', werden sie sagen, ‚die Realität ist aber ganz anders'. Die Albaner aber sagen, daß sie entschlossen sind, diesen Wunsch zur Realität zu machen. Wenn man sich dem sowjetisch-amerikanischen Diktat einmal unterwirft, dann kann man dem Joch nicht mehr entrinnen. Wir Albaner akzeptieren weder ihr Diktat, noch ihr Joch. Wir sind fest entschlossen, bis zum Sieg zu kämpfen."**

Die Volksrepublik Albanien – auch das dokumentiert die Rede des Genossen Enver Hoxha – wird immer mehr zum Sprecher der Völker Europas. **„Wir suchen die Freundschaft der Völker und nicht die ihrer Unterdrücker"** – diese Grundhaltung der Außenpolitik der Volksrepublik Albanien verschafft ihr täglich neue Freunde. Die Volksrepublik Albanien war es, die als einziger Staat Europas ihre Stimme gegen die sogenannte „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" erhob, die nichts anderes ist als eine Konferenz, auf der die beiden Supermächte zusammenarbeiten, um ihre Herrschaft in Europa zu sichern. Genosse Enver Hoxha stellt fest: **„Auf diesen Beratungen und Konferenzen fehlen nicht nur wir, sondern auch die Völker. Das ist für uns wichtig."**

Im Weltmaßstab ist es die unverbrüchliche Freundschaft der Volksrepublik Albanien mit der Volksrepublik China und der beiden Kommunistischen Parteien, die den Völkern der Welt einen großen Rückhalt im Kampf gegen den Imperialismus, insbesondere gegen die beiden Supermächte gibt. Genosse Enver Hoxha sagt: **„Alle Völker der Welt haben ihre Hoffnung auf Befreiung, Unabhängigkeit und Wohlstand, auf die eigenen Kräfte und auf Maos China begründet. (...) Die Einheit mit Volkschina ist ein großer Sieg für die Menschheit. Groß und klein müssen erkennen, daß der Sozialismus, die Revolution, die Befreiung der Völker vorwärtsschreiten, weil auf diesem ruhmvollen Weg unerschütterlich das große sozialistische China steht. Dies paßt weder den amerikanisch-sowjetischen Imperialisten, noch der Weltreaktion. Sie haben uns den Krieg erklärt. Doch wir sind stärker als sie und werden sie schlagen."**

Die Rede des Genossen Enver Hoxha ist eine scharfe Waffe in der Hand der Völker, des Proletariats und der Kommunisten im Kampf gegen den Imperialismus, besonders gegen die beiden Supermächte und gegen den modernen Revisionismus. Jeder sollte sie gut studieren und weiterverbreiten.

Sonderverkaufsaktion der Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus

Die „Gesellschaft zur Verbreitung des Wissenschaftlichen Sozialismus" (GeWiSo) in Hamburg will mit einer Sonderverkaufsaktion noch mehr Menschen die Möglichkeit geben, die Schriften der chinesischen und albanischen Genossen kennenzulernen und zu erwerben. Im Rahmen dieser Sonderverkaufsaktion vom 1. 10. 1974 – 1. 4. 1975 werden Publikationen aus China und aus Albanien thematisch sortiert und zu äußerst günstigen Preisen angeboten.

Es sei hier besonders auf eine Kasette mit 15 Abhandlungen der KP Chinas und der PAA aus den Jahren 1960 bis 1971 hingewiesen. Besondere Bedeutung haben dabei die von Genossen Enver Hoxha gehaltene Rede auf der Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau und der vom ZK der KP Chinas am 14. Juni 1963 veröffentlichte „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung". Den Abschluß der in dieser Kasette zusammengestellten Dokumente bildet der anläßlich des 24. Kongresses der revisionistischen Partei der Sowjetunion am 17. April in der Zeitung „Zeri i Popullit", Organ des ZK der PAA, veröffentlichte Artikel „Der Kongreß der Restauration des Kapitalismus und der Kongreß des Sozialimperialismus". Diese Dokumente sind hervorragende Zeugnisse des unerbittlichen Kampfes, den die chinesischen und albanischen Genossen gegen den modernen Revisionismus geführt haben zu einer Zeit, als die Sowjetunion sich noch nicht vollständig zu einem sozialimperialistischen Land entwickelt hatte.

In einem Prospekt der GeWiSo mit dem Titel „Dokumente des Kampfes gegen den modernen Revisionismus" wird näher auf diese Kasette eingegangen.

In Form von Sonderangeboten im Rahmen der Sonderverkaufsaktion sind weiterhin die „Ausgewählten Werke des Genossen Mao Tsetung" sowie „Ausgewählte Militärische Schriften" in einem Band für den Preis von 20,- DM (statt 29,50 DM) erhältlich.

Besonders hervorzuheben ist hier die Zusammenstellung aller im Gesamtkatalog der GeWiSo aufgeführten Einzelschriften des Genossen Mao Tsetung zu einem Sonderpreis von 14,– DM (statt 28,90 DM).

Als Sonderangebot sind auch der Jahrgang 1972 der „Peking Rundschau" und der illustrierten Zeitung „China im Bild" erhältlich.

Abgesehen von den Sonderangeboten, von denen hier nur einige Beispiele genannt werden konnten, gewährt die GeWiSo während der Sonderverkaufsaktion Sonderrabatte.

Bei Rechnungsbeträgen:

ab 50,– DM:	15%
ab 100,– DM:	20%
ab 150,– DM:	25%

Zur weiteren Information empfehlen wir unseren Lesern, bei der GeWiSo die kürzlich erschienenen Kataloge zu bestellen: Gesamtkatalog 1974/75 für Publikationen aus der VR China (Schutzgebühr 0,50 DM) und den Katalog über Sonderangebote chinesischer Publikationen.

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des Wissenschaftlichen Sozialismus, 2000 Hamburg, Postfach 11 16 49; Tel. 040/4 10 17 36; Pschkto. Hmb 1935 72 – 207.

Hungerstreik gegen Isolationsfolter

Schluss mit der Zwangsernährung!

Die politischen Gefangenen setzen ihren Hungerstreik gegen die Isolationsfolter mit unverminderter Kampfentschlossenheit fort. Nachdem der Mordversuch an Genossen Ronald Augustin, dem 4 Tage lang kein Trinkwasser gegeben wurde, durch den Kampf der politischen Gefangenen und eine breite Solidarität verhindert werden konnte, hat die Bourgeoisie jetzt bei fast allen Gefangenen die Zwangsernährung befohlen.

In einer Pressemitteilung des Rechtsanwaltes Croissant über die Zwangsernährung des Genossen Ronald Augustin heißt es unter anderem: „Gegen 16.00 Uhr wurde der Gefangene von zwei Vollzugsbeamten im Transportgriff in einen Raum neben seiner Zelle gesperrt und dort auf einen Stuhl verfrachtet. Um Bewegungen zu verhindern, setzte sich ein fetter Vollzugsbeamter auf die Knie des Gefangenen, dessen Kopf und Füße von weiteren Bediensteten festgehalten wurden. Der von der Vollzugsanstalt mit der Zwangsernährung beauftragte Arzt schob dem Gefangenen in dieser Situation einen dicken Schlauch durch den Mund in die Speiseröhre...Infolge der Dicke des Schlauchs und der Festigkeit des Breis gelang es dem Gefangenen nicht, die Nahrung zu schlucken: Der Brei kam ihm ständig wieder hoch, seine Nase verstopfte sich und er bekam keine Luft mehr. Der Gefangene hatte während der Zwangsernährung das traumatische Gefühl, er werde ersticken. Als die Tortur nach 5 – 10 Minuten vorüber war, konnte sich der Gefangene nicht mehr bewegen. Sein ganzer Körper war durch Muskelkrampf gelähmt, er glich einem Spastiker. Die Lähmung ging erst nach etwa 30 Minuten zurück.'

Angesichts dieser Tortur, der fast alle politischen Gefangenen unterworfen sind, entlarvt sich der beispiellose Zynismus der Pressemitteilung, nach denen die Gefangenen „unter ärztlicher Aufsicht" künstlich ernährt würden.

Aber damit nicht genug. „Nach vertraulichen Informationen" heißt es in einer anderen Pressemitteilung des gleichen Rechtsanwaltes, „die die Verteidigung durch drei Vollzugsärzte und aus einem Länderministerium erhalten hat, soll die Zwangsernährung zur heimlichen Psychiatrisierung der Gefangenen benutzt werden. Zu diesem Zweck sollen dem Nahrungsbrei, der den Gefangenen zwangsweise eingetrichtert wird, unerlaubte Zusätze beigemengt werden. Wille und Widerstand der Gefangenen sollen im Verlauf dieses gesetzwidrigen Experiments auf chemisch-pharmakologischem Wege gebrochen werden".

Diese abscheulichen Methoden, mit denen die Bourgeoisie versucht, die Kampfkraft der politischen Gefangenen zu brechen, stoßen auf breite Empörung unter den Werktätigen unseres Landes. Viele, die angesichts der Isolationsfolter noch Zweifel über die verbrecherischen Absichten der Bourgeoisie hatten, sehen jetzt, daß es ihr tatsächlich darum geht, konsequente Revolutionäre planvoll und bewußt zu vernichten.

SCHLUSS MIT DER ZWANGSERNÄHRUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN!
WEG MIT DER ISOLATIONSFOLTER!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

18 Tage Ordnungsstrafe...



Köln: Demonstration am 26.10. für Freispruch im Kölner Antifaschistenprozeß.

Fortsetzung von Seite 1

Aber damit nicht genug. Nach der Vernehmung der zunächst als Zeugen geladenen NPD-Faschisten und der Polizei hat der Staatsanwalt inzwischen alle an diesem Einsatz beteiligten Polizisten laden lassen. Mehr als 60 Polizeizeugen sind in den letzten drei Verhandlungstagen im Gericht aufmarschiert. Hier wird auch nicht mehr der geringste Schein gewahrt, daß die Zeugen der „Klärung der Sache" dienen. Sie sagen fast ausnahmslos nichts. Diese Polizeizeugen dienen ganz offenkundig nur der Stimmungsmache gegen die angeklagten Genossen.

Aber weder das Gericht noch die Polizei können verhindern, daß die Partei und das zur Solidarität mit den Genossen gegründete Komitee den Kampf weiterführen. Auch an diesem Verhandlungstag werden vor dem Gericht Parolen gerufen. Am Abend ehren zahlreiche Freunde und Genossen die ermordeten Antifaschisten mit einer Kranzniederlegung. Der Mut dieser Antifaschisten ist Beispiel für sie alle. Diese 11 wie auch 13 andere, die am 10. November ebenfalls öffentlich erhängt wurden, waren Mitglieder einer bewaffneten Widerstandsgruppe gegen den Faschismus. Um den revolutionären antifaschistischen Kampf der Kölner Werktätigen zu ersticken, wurden damals im gesamten Stadtteil Köln-Ehrenfeld Männer, Frauen und Kinder aus den Häusern getrieben und gezwungen, bei diesem grausamen Verbrechen zuzusehen. Aber der Kampf ging trotzdem weiter. Mindestens zwei der für diese Morde Verantwortlichen entgingen ihrer gerechten Strafe nicht.

An dieser Kranzniederlegung nahm auch ein älterer Kollege teil, den Genossen getroffen hatten, als sie Parolen für den Freispruch der angeklagten Genossen malten. Er hatte als Kind ebenfalls der Hinrichtung der Antifaschisten zusehen müssen, war selber in einem Kölner KZ gewesen. Zur Unterstützung der angeklagten Genossen spendete er 20 DM. Dieser Kollege ist nur ein Beispiel für die Solidarität der Kölner Bevölkerung. Als am Mittwoch abend eine Kundgebung im Kölner Stadtteil Nippes zum Prozeß gemacht wurde, überfielen Polizisten die Genossen. Aber der Terror der Bourgeoisie erreichte auch hier nicht sein Ziel, die Genossen und die Bevölkerung einzuschüchtern. Im Gegenteil, empört über den Polizeieinsatz, gingen einige Passanten von der Straße weg mit zum Komitee. Auf Sympathie und Solidarität stießen die Genossen auch überall, als am Samstag eine Demonstration von hundert Teilnehmern den Freispruch der angeklagten Antifaschisten und Kommunisten forderte.

"Der Bulle wollte mich für doof verkaufen"

Ich bin 11 Jahre alt, wohne in der Tarpenbeckstraße in einem Kinderheim. Wenn ich jeden Morgen zur Schule gehe, komme ich immer am Ernst Thälmann-Haus vorbei. Ich wunder mich immer, warum vor dem Thälmann-Haus und vor der Wäscherei Blumen und Kränze sind. Nun, wie üblich bin ich zur Schule gegangen und bei der Kreuzung Loksteterweg und Tarpenbeckstraße sind die Ampeln kaputt gewesen. Da standen da Polizisten zum Verkehrsregeln und da waren schon wieder Kränze und Blumen. Da habe ich mal einen der Herren, die sich Polizisten nennen, gefragt: „Warum liegen dort Kränze und Blumen? " Der antwortete: „Von der Wäscherei ist jemand gestorben". Nun, da dort immer so oft Kränze und Blumen liegen, dachte ich mir: „Manometer, da müssen ja viele alte Leute arbeiten."

Jetzt habe ich Genossen von der KPD/ML kennengelernt. Die haben mich dann mal bei der (jetzt gewesenen) Ernst Thälmann Veranstaltung mitgenommen. Die haben mir auch alles erklärt und mir alle Fragen, die ich hatte, beantwortet. So wußte ich dann auch Bescheid. Die Genossen haben mir dann auch erklärt, wie und warum das mit den Kränzen und den Blumen so ist. Da hörte ich zum ersten Mal, daß nicht wegen der Wäscherei Trauer ist, sondern wegen Ernst Thälmann.

Jetzt sage ich mir oft: „Der Bulle wollte mich wahrscheinlich für doof verkaufen."

Rot Front!
Susi (Hamburg)

Werktätige der DDR hassen den sowjetischen Militärstiefel

Liebe Genossen!

Jetzt war meine Tante aus der DDR hier zu Besuch. Sie hat hier gleich den ROTEN MORGEN gelesen, den Artikel aus Nr. 41 über den Breschnew-Besuch, und sie war froh, daß es eine Zeitung, eine Partei gibt, die die Wahrheit sagt.

Sie hat erzählt, daß beim Breschnew-Besuch die Schulklassen aufgeboten wurden und in den Betrieben Karten verteilt wurden, damit die Kollegen zum Applaudieren kämen. Es wurde angedroht, daß die Meister überwachen würden, wer käme und wer nicht. Trotzdem sind viele Plätze leer geblieben, haben viele Kollegen diesem Rummel eine Abfuhr erteilt. Sie hat erzählt, daß in der DDR die Unzufriedenheit ständig wächst. Gerade über den Verrat der Honnecker-Clique an den nationalen Interessen des deutschen Volkes herrscht unter den Kollegen drüben große Empörung. Vor allem aber ist es der russische Militärstiefel, der immer mehr Menschen aufbegehren läßt, der aber auch noch viele in Angst hält. Mit den Bonzen alleine hätten die Arbeiter schon abgerechnet, aber die russischen Divisionen stehen überall.

Dabei richtet sich der Haß unserer Klassenbrüder nicht gegen „den Russen" schlechthin. So wissen viele Kollegen auch, daß der einfache russische Soldat in der DDR nicht aus der Kaserne rauskommt, daß er nur ein paar Mark Sold erhält, und nur alle Monate mal kurz auf Urlaub kann. Sie wissen, daß es diesen Soldaten bestimmt keinen Spaß machen kann, die Interessen der Kreml-Zaren an der Elbe zu schützen und sie können die Herren Offiziere davon gut unterscheiden, die allabendlich ihre Touren starten.

Wir waren uns einig, daß die Arbeiterklasse ran muß, hier wie dort. Meine Tante hat noch das TO über die nationale Frage gelesen und „Was will die KPD/ML? " Sie hat uns viel Glück gewünscht und wollte wissen, wann sie den ROTEN MORGEN auch drüben lesen kann. Hoffentlich bald, habe ich gesagt. Und einen ROTEN MORGEN hat sie rübergenommen, sorgfältig versteckt natürlich vor den Augen des „Arbeiter- und Bauernstaates".

Dieser Besuch hat mir weiter Auftrieb gegeben. Die Linie der Partei ist richtig und gut. Und sie erreicht immer mehr Menschen und immer mehr werden uns unterstützen, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Rot Front!
Ein Genosse

Solidaritätsspenden

Seit der Eröffnung des neuen Spendenkontos des Vorstandes der KPD/ML gingen folgende Spenden ein:

23.7.74: Eine Sympathisantin in Bochum 9,– DM; Sammlung des KSB/ML Bochum 18,– DM; ROTER MORGEN-Leserrunde Kreuzberg Westberlin 183,– DM; Veranstaltung in Hamburg 392,– DM; Arbeiter in Mühlheim 220,– DM;

25.7.74: W.K. Essen 10,– DM; KSB/ML Westberlin 30,– DM; Veranstaltung der OG Kassel „Kampf der politischen Unterdrückung" 78,65 DM; KSB/ML, Fachbereich Germanistik an der FU Westberlin 100,– DM.

26.7.74: Arbeiterrunde Neukölln Westberlin 200,– DM; Sammlung im Parteibüro Kiel 418,50 DM.

29.7.74: Sammlung bei AEG Brunnenstraße Westberlin 219,– DM;

30.7.74: S.R. Regensbrug 40,– DM; Sammlung im Buchladen ROTER MORGEN München 220,– DM.

31.7.74: C.G. München 20,– DM; ROTER MORGEN-Leserkreis Kiel 36,66 DM; Kollegen bei KHD Köln 35,– DM; Kundgebung in Köln für G. Routhier 20,50 DM; ein Sympathisant aus Köln 41,80 DM.

2.8.74: Sammlung beim Fußballspiel RG Würzburg gegen RG Kitzingen 50,– DM; Arbeiterrunde Neukölln Westberlin 230,– DM;

5.8.74: Sympathisanten in Westberlin 14,50 DM; Sammlung der OG Marburg 75,55 DM; Parteifreunde in Kiel 150,– DM.

6.8.74: Trauerfeier für Genossen Routhier in Heidenheim 51,50 DM; KSB/ML am Pädagogischen Institut der TU Westberlin 61,07 DM.

7.8.74: Sammlung auf einer Hochzeitsfeier in Westberlin 295,– DM; Ortsgruppe Moabit der „Liga gegen den Imperialismus" 23,– DM

8.8.74: Veranstaltung in Frankfurt 161,27 DM.

9.8.74: Veranstaltung der OG Dortmund 120,– DM; Schüler aus Würzburg 25,– DM; Schwesternhelferinnen aus Würzburg 50,– DM; Sammlung in der Mensa der Universität Würzburg 63,– DM; Genossen und ihre Eltern in Würzburg 40,– DM; Sammlung im Schaltwerk Siemens in Westberlin 170,– DM; Zelle Medizin des KSB/ML an der FU Westberlin 114,– DM.

12.8.74: I.H. Würzburg 200,– DM.

Das ergibt eine Gesamtspendensumme von DM 4 186,–. Hiervon sind DM 3 325,53 für die Familie des Genossen Routhier bestimmt.
(wird fortgesetzt im nächsten ROTEN MORGEN).

Solidarität

Der Sektionsrat des Psychologischen Instituts der FU Berlin, Fachbereich 11, solidarisiert sich mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen. Die Isolationsfolter ist darauf ausgerichtet, die psychische und damit physische Existenz der politischen Gefangenen zu vernichten.

Nach den vorliegenden Informationen sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß hier Erkenntnisse der Psychologie und anderer Wissenschaften dazu mißbraucht werden, politische Gegner zu vernichten. Wir fordern daher die sofortige Aufhebung der Isolationsfolter und die rückhaltslose Offenlegung der Mißstände in den Strafanstalten der BRD und Westberlins.

Resolution,
am 21.10.74 einstimmig verabschiedet von Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern.

• • •

Die Teilnehmer der Veranstaltung der Ortsgruppe Hannover der KPD/ML zum 25. Jahrestag der VR China fordern in einer Resolution: Sofort einen deutschen Paß für Sascha! Dieser Resolution gegen den geplanten Schreibtischmord an Genossen Sascha Haschemi stimmten 19 Teilnehmer zu, 2 enthielten sich der Stimme.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

FRELIMO-Präsident ruft zur erhöhten Wachsamkeit auf

FRELIMO schlägt Putschversuch nieder!

In Mosambik haben die weißen Rassisten und Kolonialisten zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit Unruhen angezettelt. Am 21. Oktober griffen portugiesische Soldaten, die auf den Rücktransport in ihre Heimat warteten, in Lorenco Marques mit Maschinenpistolen und Handgranaten an mehreren Stellen der Stadt Kämpfer der FRELIMO an.

Die portugiesischen Soldaten gehörten zu den Fallschirmjägereinheiten, die, speziell ausgesucht und ausgebildet, jahrelang grausame Verbrechen gegen das Volk und die FRELIMO begangen haben. Noch im Besitz ihrer Waffen, versuchten die etwa 50 Fallschirmjäger, wahnwitzig einen konterrevolutionären Putsch zu starten. Sie zogen schiessend und mordend durch die Stadt, töteten 45 Menschen und verletzten über 100. Durch das entschlossene Eingreifen der FRELIMO, die von Soldaten der noch in Mosambik verbliebenen portugiesischen Einheiten unterstützt wurden, brach der Putsch noch am selben Tag zusammen.

Die portugiesischen Kolonialisten mußten dem Abkommen von Lusaka und der Bildung einer Übergangsregierung unter Führung der FRELIMO angesichts der schweren Schläge, die ihnen die Truppen der FRELIMO und das Volk versetzt haben, zustimmen. **Die Tatsachen zeigen jedoch, daß sich die Kolonialisten mit ihren Niederlagen niemals abfinden werden.** Sie zettelten Unruhen an und sammeln in Schweden, der Bundesrepublik und der Schweiz Söldner, um ihre Herrschaft wiedererrichten zu können. Auch wenn die Junta in Portugal jetzt nicht offen gegen die FRELIMO aufzutreten wagt, ist es doch klar, daß sie, vor allem ihre Truppen, die Hauptstütze der konterrevolutionären Elemente ist. Wie wenig die Junta in Portugal bereit ist, geschlossene Abkommen einzuhalten, beweisen die Ereignisse auf den Kapverdischen Inseln. **Dort eröffneten die portugiesischen Truppen das Feuer auf eine Demonstration der Bevölkerung für die Unabhängigkeit und verletzten viele Menschen.**

Während die alten Kolonialisten ihren Kampf fortsetzen, verstärken die Imperialisten, vor allem die beiden Supermächte, ihre Anstrengungen, dem Volk von Mosambik das Joch eines neuen Kolonialismus aufzuzwingen. Noch vor kurzem gaben die USA-Imperialisten dem faschistischen Regime alle erdenkliche militärische Hilfe, schickten die westdeutschen Imperialisten Waffen und Schiffe, um den Kampf des Volkes von Mosambik zu unterdrücken. Die sowjetischen Sozialimperialisten fielen dem Volk von Mosambik in den Rücken und erkannten die neue Junta in Portugal diplomatisch an, als diese ihre politischen Manöver durchführte, um die Unabhängigkeit zu verhindern. **Auch wenn sie alle jetzt heuchlerisch von „guter Zusammenarbeit" reden, „Entwicklungshilfe" und Kredite anbieten, bleibt ihr Ziel die Versklavung des Volkes.**

Das Volk von Mosambik wird die Pläne der alten und neuen Kolonialisten durchkreuzen. Samora Machel, Vorsitzender der FRELIMO, rief anläßlich der Bildung der Übergangsregierung dazu auf, die Wachsamkeit zu erhöhen und den nationalen Wiederaufbau im Vertrauen auf die eigenen Kräfte durchzuführen. Er sagte: ***„Die Volksbefreiungsstreitkräfte müssen äußerst wachsam bleiben und ständig darauf vorbereitet sein, jeden Versuch einer Aggression von außen genauso zu zerschlagen wie jeden Versuch der Reaktionäre, die Unabhängigkeit zu gefährden, den nationalen Aufbau zu sabotieren und die Revolution zu zerstören."***

"Nieder mit dem Thieu-Regime!"

Mit Demonstrationen und Versammlungen kämpft die Bevölkerung in den vom Regime in Saigon kontrollierten Städten Südvietnams gegen das faschistische Thieu-Regime. Die Demonstrationen und Versammlungen, an denen sich Tausende von Menschen der verschiedenen Schichten der Bevölkerung beteiligten, wurde in elf Städten abgehalten, darunter auch Saigon, Hue und Da Nang.

Die Empörung der Volksmassen richtet sich gegen die Korruption, gegen die politische Unterdrückung und die ständige Verletzung der Bestimmungen des Pariser Abkommens durch das Thieu-Regime. Die Verräterclique um Thieu ist im ganzen Land aufs äußerste isoliert. Einzig und allein die Unterstützung der USA-Imperialisten erhält sie noch am Leben. Auf den Demonstrationen und Versammlungen klagten die Volksmassen die unzähligen Verbrechen der Thieu-Clique an und forderten Frieden, demokratische Freiheiten und die Einhaltung der Bestimmungen des Pariser Abkommens. **Die Losung: „Nieder mit dem Nguyen van Thieu-Regime!" war allgemein verbreitet.**



Demonstranten im Kampf gegen das Thieu-Regime.

Am 29. September versammelten sich die Demonstranten auf dem Ben Thanh Markt in Saigon. Die Redner verlangten die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und enthüllten zahlreiche Korruptionsfälle, an denen die Familie Thieus selbst beteiligt ist. „Thieu ist das Oberhaupt der Korruption im Lande", erklärten sie, „er muß wegen seiner Verbrechen zurücktreten!" Die Demonstranten trotzten der Polizei, die bereit stand, die Versammlung zu unterdrücken und zogen durch die Straßen. In den folgenden Wochen verstärkten sich die Kämpfe in Saigon noch. Am 10. Oktober demonstrierten 2000 Menschen und am 21. Oktober stürmten die Völksmassen das „Parlamentsgebäude" in Saigon, zertrümmerten die Eingangstür mit Knüppeln und Steinen, kämpften gegen die Polizei und steckten ein Polizeifahrzeug in Brand.

In dieser Situation hat die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam erklärt: *„Das ganze Volk erkennt, daß Thieus Verbleiben an der Macht die Fortsetzung des Krieges bedeutet."* Die Regierung ruft alle politischen Kräfte in den von Saigon kontrollierten Gebieten ungeachtet ihrer unterschiedlichen Auffassungen, auf, sich der Bewegung gegen Thieu und die amerikanische Einmischung anzuschließen und für die Bildung einer neuen Regierung zu kämpfen.

Inzwischen hat die Nationale Befreiungsarmee von Südvietnam die befreiten Gebiete fast vollständig von den illegalen Stützpunkten des Saigoner Regims gesäubert. Tausende von Soldaten der Marionettentruppen wurden vernichtet, als sie, unter Verletzung des Pariser Abkommens, in die befreiten Gebiete eindringen wollten.

Angesichts dieser Lage eilten die amerikanischen Imperialisten ihrer Marionette Thieu zu Hilfe. **Sie ließen den stellvertretenden Kriegsminister Clement erklären, daß sie ihre Luftwaffe und Marine erneut in Vietnam einsetzen wollen. Diese unverschämte Drohung hat den Haß und die Empörung des ganzen vietnamesischen Volkes hervorgerufen. Es wird seinen Kampf gegen die Aggressionen des USA-Imperialismus in Vietnam, gegen das faschistische Thieu-Regime verstärken und den Sieg erringen.**

Das Volk von Palästina erhebt seine Stimme vor der UNO

Auf den Vorschlag der arabischen Länder hin hat die UNO-Vollversammlung gegen die Stimme der US-Imperialisten und gegen das Geschrei der israelischen Zionisten beschlossen, daß dem palästinensischen Volk selbst das Wort erteilt wird. Ein Vertreter der PLO wird den Standpunkt des palästinensischen Volkes vortragen. Das ist ein großartiger Erfolg des palästinensischen Volkes.

Bisher ist es den beiden Supermächten, den USA und der Sowjetunion, mit Druck auf verschiedene Länder und mit üblen Tricks noch immer gelungen, daß das Problem des palästinensischen Volkes von der UNO lediglich als „Flüchtlingsfrage" behandelt wurde. Dagegen haben viele Länder in der UNO – allen voran die Volksrepublik China und die Volksrepublik Albanien – stets entschieden protestiert. Nun wird gegen den Willen der beiden Supermächte das palästinensische Volk seine Stimme vor der UNO erheben können, um seinen gerechten Anspruch auf ein befreites Palästina, auf die Wiedereinsetzung seiner nationalen Rechte zu vertreten. Dieser Erfolg zeigt, daß die beiden Supermächte USA und Sowjetunion den gerechten Kampf eines Volkes nicht nach Belieben einfach vom Tisch wischen können, sondern daß es die Völker sind, die immer größere Siege gegen die beiden Supermächte erringen.

Die Imperialisten aber versuchen, die Sache umzudrehen. Ihren Reden nach ist es ein Akt ihrer Freundlichkeit, daß das palästinensische Volk vor der UNO sprechen kann, wofür das palästinensische Volk nun auch Tribute zahlen müsse. So deutete der französische Aussenminister Sauvarnargues z.B. darauf hin, daß das palästinensische Volk, da es doch jetzt die Tribüne der internationalen Diplomatie betrete, seinen bewaffneten Kampf einstellen solle.

Das sind offensichtlich Versuche, das palästinensische Volk zu schwächen, es von dem einzig erfolgbringenden Weg in die Sackgasse zu führen. Denn dank des entschlossenen bewaffneten Kampfes kann das palästinensische Volk heute seine Stimme vor der UNO erheben, kann es verlangen, daß über seine gerechten Forderungen diskutiert wird. Diesen Kampf fortführend, wird es noch viel größere Erfolge erringen können bis zur Befreiung seiner Heimat.

Aus aller Welt

IRAN:

Die Zeitung „Saut Al-Thaura" der Volksbefreiungsfront von Oman und dem arabischen Golf (PFLOAG) berichtet in ihrer neuesten Ausgabe über den Kampf der iranischen Völker gegen die Invasion der Schahtruppen in Oman, die gegen die Befreiungskämpfer von Dhofar eingesetzt werden: *„Die iranischen Massen und ihre revolutionären und nationalen Kräfte setzen ihre Ablehnung und ihren Protest gegen diesen Akt auf verschiedene Weise fort. In Ranharmez erschienen kürzlich Parolen auf den Wänden, in denen die militärische Einmischung des Iran in Oman verdammt wurde. Darunter waren auch folgende Losungen: 'Warum schickst Du unsere Söhne in Dhofar in den Tod?' 'Unsere Soldaten dürfen nicht in Dhofar getötet werden, die Dhofaris sind unsere Brüder.' Wir erinnern daran, daß die Studenten der Universität Teheran im letzten Frühjahr eine Reihe von Streiks und Demonstrationen durchgeführt haben, um gegen die Einmischung zu protestieren und den Rückzug der iranischen Truppen vom Territorium Omans verlangt haben. Diese Demonstrationen und Streiks führten zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Studenten und der Polizei und zum Märtyrertod eines der demonstrierenden Studenten.'*

KOLUMBIEN:

In der kolumbianischen Bezirkshauptstadt Rio Hacha, nahe der Grenze nach Venezuela gelegen, kam es zu heftigen Kämpfen zwischen 800 Bauern und der Polizei. Die Bauern hatten sich erhoben, weil die Behörden ihr Ackerland beschlagnahmen wollten. Im Verlauf der Kämpfe wurden von den Behörden über 500 Menschen verhaftet.

ITALIEN:

Am 17. Oktober legten in einem vierstündigen Generalstreik über zehn Millionen italienische Werktätige die Arbeit nieder. Der Streik richtete sich gegen die Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sowie gegen die steigende Inflation. Morgens gegen 8 Uhr hatten mehr als eine Million Stahlarbeiter, 500 000 Arbeiter der Autoindustrie, 600 000 Chemiearbeiter, 800 000 Textilarbeiter und Arbeiter anderer Branchen den Streik begonnen. Es folgten Sympathiestreiks in vielen anderen Bereichen. Die Arbeiter in den Häfen, Angestellte der Banken und Behörden usw. schlossen sich an.

In Rom fanden zugleich Demonstrationen von mehreren tausend Arbeitern gegen die Arbeitslosigkeit statt.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle



32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.

RADIO PEKING

19.00 - 20.00
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

Duisburg:

Empörung gegen Entlassung der kommunistischen Lehrerin Beate

Am Donnerstag morgen, dem ersten Schultag nach den Herbstferien in Nordrhein-Westfalen, wurde die kommunistische Lehrerin Beate K. nach Düsseldorf beordert. Dort wurde ihr mitgeteilt, daß sie ab sofort aus dem Dienst suspendiert sei. Begründung: sie werbe im Unterricht für die KPD/ML und außerdem habe sie sich nicht an das Verbot gehalten, über „ihren Fall" zu sprechen.

Allerdings hat Genossin Beate, sobald sie merkte, daß sie als Kommunistin aus dem Staatsdienst „gesäubert" werden sollte, den Kampf dagegen aufgenommen. Auch am Tag ihrer Suspendierung ging Genossin Beate sofort zur Schule, um mit den Schülern nach der 6. Stunde darüber zu diskutieren. Genauso am nächsten Tag in der großen Pause, obwohl der Direktor Hausverbot erteilt hatte. An die 300 Schüler waren um sie versammelt, als drei zivile Polizisten auftauchten. Auf die Frage der Kinder, was sie hier wollten, erklärten sie, daß sie zufällig vorbeigekommen seien. Dabei hatten einige Schüler gesehen, wie sie in der letzten Pause im Zimmer des Direktors gesessen hatten! Genossin Beate ließ sich von den Polizisten, die versuchten, sie aus der Schülermenge herauszugreifen, nicht einschüchtern. Als schließlich auch die Kinder die drei Polizisten immer mehr bedrängten, waren sie plötzlich verschwunden. Dafür kam der Direktor, drohte erneut mit der Polizei, die er bereits am Tag zuvor auf Flugblattverteiler der KPD/ML gehetzt hatte und beschimpfte Beate als „unzurechnungsfähig". Lautes Pfeifen und Buhen der Schüler war die Antwort darauf. Als die Versammlung sich schließlich nach fast einer Stunde auflöst, begleiten einige der Schüler Beate noch zu ihrem Auto, um sie vor der Polizei zu schützen.

Mehrere Schüler und ein Vater erschienen dann am Abend zu einem Treffen, um zu beraten, wie der Kampf fortzuführen sei. Auf diesem Treffen erzählten die Schüler, wie der Direktor gegen sie vorgegangen war. Fast alle Schüler, die wegen der Diskussion mit Beate zu spät zum Unterricht erschienen waren, erhielten eine Eintragung ins Klassenbuch. In einer Klasse mußten die Schüler deswegen vier Stunden nachsitzen. Trotzdem wollen sie nicht aufstecken. Ihre Forderung ist die Durchführung einer Vollversammlung, auf der Beate sprechen soll, damit endlich alle Schüler die Wahrheit erfahren. Denn die Schulleitung versucht nicht nur mit Terror die Solidarität der Schüler und Eltern mit der kommunistischen Lehrerin zu verhindern, sondern auch mit massiven Lügen und Verleumdungen. So wird z.B. das Gerücht verbreitet, die Schüler ihrer alten Schule hätten bei der Unterschriftensammlung ihren Namen auf ein weißes Blatt Papier gesetzt.

Ein revisionistischer Lehrer versucht den Schülern weiszumachen, Beate habe ihren Rausschmiß selbst provoziert. Hätte sie den Mund gehalten, wäre ihr gar nichts passiert. Wer solche Thesen verbreitet, will nichts anderes, als den Kindern beibringen, vor den Angriffen der Bourgeoisie zu Kreuze zu kriechen.

Aber die Schulbürokratie versucht nicht nur, die Schüler gegen die kommunistische Lehrerin aufzuhetzen, sondern auch die Lehrer. Am letzten Schultag vor den Herbstferien wurde eine Lehrerkonferenz einberufen, die der Direktor mit der direkten Aufforderung eröffnete, die Lehrer sollten Frau Beate K. verurteilen. Dazu war bereits ein Papier des Lehrerrates vorbereitet, in dem gegen Beate gehetzt wurde und sogar zu Unterschriften gegen sie aufgerufen wurde. Dieses Papier unterschrieb allerdings keiner. Dafür stellte sich heraus, daß dieses Papier nur von einem einzigen Lehrer gemacht worden war und einfach als Stellungnahme des Lehrerrates ausgegeben wurde. Diese Methoden stießen auf erheblichen Widerstand bei den Lehrern.

Der Plan des Direktors, Beate auf „Wunsch der Lehrerschaft" aus der Schule zu jagen, scheiterte.

Mit der Suspendierung der kommunistischen Lehrerin Beate ist der Kampf nicht zu Ende. An einer anderen Schule in Duisburg wollen die Schüler ein Flugblatt zu ihrer Unterstützung schreiben. An ihrer Schule wird nach wie vor für die Durchführung einer Vollversammlung gekämpft. Auch viele Eltern haben bereits ihre Unterschrift für die Wiedereinstellung der kommunistischen Lehrerin gegeben. Einige der Schüler haben Beate sogar gebeten, einmal eine Veranstaltung zu machen, wo sie mit ihnen über die KPD/ML, über die Revolution und den Sozialismus diskutieren soll.

TBC-Heilstätten

Wenn du aufmuckst, sind dein Krankengeld und deine Rente in Gefahr!

KORRESPONDENZ: Wir sind Kassenpatienten der LVA und der BFA in einer TBC-„Heilstätte". Da schlechte Wohnungen, unzureichende ärztliche Versorgung und zu schwere Arbeit der günstigste Nährboden für diese Krankheit sind, sind die allermeisten der rund 200 000 TBC-Kranken in der Bundesrepublik Arbeiter und andere Werktätige. So auch hier in der Klinik. Entsprechend klassenmäßig ist die 6 – 18-monatige Behandlung. Die Klinik, alt und schon von außen wie ein Gefängnis aussehend, ist unzureichend eingerichtet, unmodern und ungepflegt, ja verrottet. Z.B. für rund 30 Kassenpatienten einer Station nur 3 Toiletten, nicht selten verstopft und völlig verdreckt. Die Zimmer: klein, ebenfalls schmutzig und z.T. dringend renovierungsbedürftig (und das alles bei meist ansteckend Kranken.) Das Essen: Oft so sparsam bemessen, daß das schon zu geschlossenen Protesten der ganzen Station geführt hat. Für die langen Nachmittage und Abende keine Zeitungen, kein Lese-, Hobby- oder Spielraum, keine Weiterbildungsmöglichkeit für die weniger schwer Kranken, einziger „Zeitvertreib" – ein Volksverdummungskasten in Farbe.

Für die Ärzte sind wir Kassenpatienten meist nur mehr oder weniger schwere, interessante Fälle statt Menschen. Eine vernünftige und übereinstimmende Erklärung der Krankheit und der Behandlung bekommt man selten. Hauptsache, sie kriegen uns irgendwann wieder fit für die Produktion – ein paar „Pannen" natürlich einkalkuliert.

Ein Beispiel für viele: Einer Patientin versprach man bei der Einlieferung, nach baldiger Operation könne sie in vier Wochen wieder nach Hause. Jedoch erst nach einem halben Jahr bequemte man sich zu dem Eingriff, der dann auch noch wegen eines eindeutigen ärztlichen Fehlers wiederholt werden mußte! – Kein Wunder, daß bei diesen Zuständen so manche Patienten zwischen Angst, offener Empörung und Fluchtgedanken hin und her gerissen werden. Zynischer Kommentar unserer Ärzte dazu: „Sie dürfen sich nicht aufregen, das schadet bloß Ihrer Gesundheit."

Das LVA hat gegen aufrührerische Stimmungen „weitblickend" vorgesorgt. Nicht nur mit einer gefängnisähnlichen Hausordnung in der Klinik, sondern auch, gestützt auf etliche Paragraphen, des „Bundessozialhilfegesetzes" und der „Reichsversicherungsordnung". Dort heißt es unter anderem: „Entziehen Sie sich ohne triftigen Grund der Heilbehandlung oder irgendeiner angeordneten Maßnahme während der Heilbehandlung, so kann Ihnen die Rente oder der Rentenerhöhungsbetrag wegen Berufsunfähigkeit ... versagt werden ... Verstoßen Sie in grober Weise und beharrlich gegen von uns erteilte erforderliche Weisungen oder gefährden Sie vorsätzlich ... den Erfolg der Heilbehandlung ... so können Ihnen Bargeldleistungen (Übergangsgeld, Krankengeld ganz oder teilweise versagt werden..."

Im Klartext: Jeden ernsthaften Kampf der Arbeiter und Angestellten will der Staat mit der Bedrohung der nackten Existenz, nämlich mit Renten- und Krankengeldentzug, unterdrücken! Doch das wird genauso wenig gelingen, wie in den Betrieben und Wohnvierteln, wo immer mehr Menschen gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen. Auch hier hat die Empörung unter den Patienten unserer Station schon zu einer gemeinsamen Protestaktion gegen die Mißstände geführt. Sie sind eben genauso wenig wie die TBC selbst kein unvermeidliches Schicksal, sondern Auswüchse des verrotteten kapitalistischen Systems.

Daß es auch anders sein kann, zeigen die Berichte über das Gesundheits- und Sozialwesen im sozialistischen Albanien, die wir auch hier auf der Station lesen. **So ist in Albanien die „Arme-Leute-Krankheit" TBC, die vor 30 Jahren, also vor der Revolution, noch rund 60% der Bevölkerung erfaßt hatte, praktisch besiegt.** Solche Tatsachen werden immer mehr Menschen davon überzeugen, daß nur ein sozialistisches System wie in Albanien, wo die Arbeiter und Werktätigen die Macht im Staat haben, der arbeitenden Bevölkerung eine menschenwürdige Zukunft bieten und ihrem Kampf eine Perspektive bieten kann. Ein solches System aber wird nicht durch papierne Proteste und Bittbriefe erreicht, sondern nur durch den revolutionären Kampf gegen die Unterdrücker nach dem Vorbild des albanischen Volkes.

Rotfront!

Eine Genossin, die zur Zeit Patientin in dieser (Un)Heilstätte ist und die damit auch die Meinung anderer Patienten zum Ausdruck bringt, die diesen Brief gelesen und unterstützt haben.



Die „Barfußärzte" in China lernen, um den Arbeitern und Bauern zu dienen

Sie hätten Jan verbluten lassen...

Wie wenig ein Menschenleben im Kapitalismus gilt, und wie leichtfertig damit umgegangen wird, kann an einem Beispiel verdeutlicht werden, das in dieser Woche passiert ist.

Mein siebenjähriger Neffe ist Bluter (Hämophelie B). Am Mittwoch stieß er sich beim Spiel einen Zahn halb aus, so daß die Wunder heftig blutete. Meine Schwester und mein Schwager brachten den Kleinen ins Krankenhaus nach Solingen.

Da die Ärzte Angst hatten, den Zahn zu ziehen, versuchten sie ihn zu festigen, wobei er dann ganz herausfiel und die Blutung sich verstärkte. Daraufhin wurde mein Neffe von der Zahnklinik (die ja nicht mehr zuständig war, in der aber ein Arzt arbeitet, der mit Bluterkrankheiten einige Erfahrung hat) in die Kinderklinik verlegt und den Eltern versprochen, daß alles getan werde, um die Blutung zu stillen. Unter anderem sollte auch ein Mittel aus Düsseldorf besorgt werden, das das Blut mit Gerinnungsstoffen anreichert, aber auch entsprechend teuer ist (1/2 Liter kostet etwa 10 000 DM).

Donnerstag nachmittags wollten dann die Eltern ihren Sohn besuchen. Sie wurden aber von einer Schwester abgewimmelt, da keine Besuchsstunde sei. Außerdem ginge es dem Jungen gut, die Blutung habe aufgehört und er hätte auch schon wieder alles gegessen. Sie gingen jedoch trotzdem ins Zimmer. Meine Schwester: „Jan sah schrecklich aus. Überall war Blut verschmiert, auf dem Bett und im ganzen Gesicht. Er war auch schon ganz apathisch und hatte schon Fieber. Die Blutung war genauso schlimm wie vorher." (Zu dieser Zeit hielt sie schon fast 36 Stunden an.) Mein Schwager alarmierte sofort den Arzt aus der Zahnklinik, der aus allen Wolken fiel, da er angenommen hatte, die Blutung sei längst gestillt. Er versprach auch sofort, das neue Mittel sofort anzuwenden, das zu dieser Zeit jedoch überhaupt noch nicht bestellt war. Es mußte in der Nacht mit Blaulicht aus Düsseldorf geholt werden, jetzt brannte ihnen die Zeit auf den Nägeln. Heute morgen (Freitag) hat die Blutung nun endlich aufgehört. Als meine Schwester vorhin mit dem Chefarzt der Zahnklinik telefonierte und sich beschwerte, wurde ihr gesagt, das sei doch alles nicht bös gemeint gewesen!

Dazu kommt, daß der Arzt in der Aufnahme Anweisung gegeben hatte, keine neuen Blutabnahmen zu machen, da alle Daten im Bluterpaß (der erst einige Wochen alt ist) vermerkt sind, und da der Kleine keine neuen Blutverluste mehr vertragen konnte. Nun ist er jedoch an allen möglichen Stellen zerstochen, auch diese Anweisung wurde nicht eingehalten.

Das ist jedoch nicht der einzige Fall in der Familie, in dem so leichtfertig mit einem Menschenleben umgegangen wurde. Im August dieses Jahres passierte meiner Schwester in der gleichen Klinik Schlimmeres. Auch sie ist Bluter (Hämophelie B). Anläßlich einer Kieferoperation wurden neue Mittel aus Heidelberg und Düsseldorf bestellt, die vor der Operation über Tropf eingegeben werden und die das Blut für eine bestimmte Zeit mit Gerinnungsstoffen anreichern.

„Nun weiß ich, wie das ist, wenn man stirbt", sagt meine Schwester heute. Sie vertrug das Mittel nicht, es kam innerhalb weniger Sekunden zum Kreislaufzusammenbruch. Nur der Aufmerksamkeit der zufällig anwesenden Zimmernachbarin ist es zu verdanken, daß sie überhaupt noch lebt. Nachdem meine Schwester durch Herzmassagen und Spritzen wieder zu Bewußtsein gebracht wurde und sie sich einige Zeit erholen durfte, bekam sie jedoch noch einmal das gleiche Mittel. Passiert ist das gleiche wie vorher.

Innerhalb weniger Stunden kam sie somit zweimal mit dem Leben knapp davon. Aber die Ärzte hatten ein billiges Versuchskaninchen. Das unverträgliche Mittel steht heute noch als Verordnung in ihrem Bluterpaß, die Eintragung ist bis jetzt noch nicht geändert worden. Was in einem Ernstfall passiert, kann man sich bildlich vorstellen.

Rot Front!
Ein Rotgardist
aus Wuppertal

Versehentlich wurde in der letzten Nummer des ROTEN MORGEN ein falsches Spendenkonto für die Spendenaktion „Kambodscha" angegeben.

Spenden zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Kambodscha bitten wir, auf das Konto des Parteivorstandes einzuzahlen:

Vorstand der KPD/ML
Konto Stadtsparkasse Dortmund
Konto Nr. 321 004 547
Kennwort KAMBODSCHA